

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

22 (27.1.1914)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Vierteljährlich 2,25 M.; abgeholt monatlich 85 Pf.; am Postschalter 2,10 M. durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich. Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 11 U. Postfach Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481. Inserate: Die Spaltzeit, 11 Zeile, oder deren Raum 20 S. Lokalinsertate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei West & Cie., Karlsruhe.

Gedeckter Rückzug.

Nachdem der erste Tag der Zaberner Schlacht im Reichstag mit einer Kanonade gegen einen markierten Feind, den Preußenbund, glücklich vorübergegangen war, nahm am zweiten ein Teil der bürgerlichen Parteien eine überraschende taktische Schwankung vor und eröffnete ein Bombardement gegen die Regierung. Schade nur, daß der Gegner nicht sichtbar wurde und daß die Schüsse blind waren!

Nach Beendigung der Interpellationsdebatte am Freitag stand am Samstag die Resolutionen und Initiativanträge der Parteien über dem Waffengebrauch des Militärs zur Beratung. Ein Teil der Liberalen hatte sich mit der Hoffnung getragen, daß die Regierung, von einem alten Mißbrauch abweichend an der Debatte teilnehmen und wenn auch nicht zustimmende so doch beruhigende Erklärungen abgeben würde.

Die Regierung aber erschien nicht, und diese offenkundige Mißachtung des Reichstags schien auch vielen bürgerlichen Abgeordneten unerträglich. So wurden die Resolutionen ohne lange Debatte angenommen, die Initiativanträge an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen, und dann vertagte man sich, nachdem die am frühen Vormittag begonnene Sitzung keine Stunde gedauert hatte. Die Konserverativen blieben mit ihrem Wunsche, nun in der Staatsberatung fortzufahren, allein, und die Interpellationsdebatte, die im Zeichen der Versöhnung zwischen Regierung und bürgerlichen Parteien gestanden hatte, endete nun doch abermals mit einem Mißklang.

Eine Verschiebung der parlamentarischen Situation ist dadurch eingetreten, daß die Nationalliberalen wohl endgültig ins Regierungslager abgewandert. Sie verweigerten bis auf einige Ausnahmen dem fortschrittlichen Antrag jede Unterstützung. Sie stimmten nicht einmal für die Ueberweisung des Antrags an eine Kommission und brachten damit zum Ausdruck, daß sie den Standpunkt der Regierung teilen, wonach die Regelung des militärischen Waffengebrauchs Sache nicht der Gesetzgebung, sondern des militär-absoluteistischen Verwaltungswezens ist. Während Herr Müller-Meinungen zum Entsetzen der v. Payer und Genossen einen neuen ziemlich scharfen Vorstoß gegen die Regierung unternahm und Herr Lehmann noch ein einige Grade vorzichtiger sekundierte, bestränkte sich Herr Bassermann darauf, die Hoffnung auszusprechen, daß das Ergebnis der Nachprüfung dem Reichstag mitgeteilt würde. Hoffen und Harren ...!

Der weitere Verlauf der Dinge läßt sich mit einiger Wahrscheinlichkeit voraussehen. Wie seine Resolutionen behandelt werden, weiß der Reichstag aus eigener Erfahrung. Die Initiativanträge werden in der Kommission von den Konserverativen bekämpft, von den Nationalliberalen in keiner Weise unterstützt werden. Das Zentrum verhängt sich hinter partikuläristische Bedenken, zwischen Fortschritt und Sozialdemokratie besteht hinsichtlich des Inhalts des Gesetzes keine Einigkeit. Daß unter diesen Umständen überhaupt etwas aus der Kommission herauskommt, ist vollkommen unwahrscheinlich. Würde sich aber der Reichstag dennoch dazu aufschwingen, ein Gesetz fertig zu stellen, so würde dieses Gesetz nicht die Zustimmung des Bundesrats finden.

Die konserverativen Reichstagsfeinde nehmen daher die unerwartete Wendung vom letzten Samstag durchaus nicht traurig. Sie reden in ihrer Presse von einem „Hornberger Schrecken“ (Kreuzzeitung), finden, daß die Freude der Linken über ihren vermeintlichen Erfolg von einer gewissen „verjüngenden Kindlichkeit“ sei — „Deutsche Tageszeitung“, und die „Post“ höhnt: „Ein Rückzug aber bleibt immer ein Rückzug, und wird als solcher auch empfunden, wenn er mit viel Geräusch verbunden.“

Der Sieg der Militärpartei im Reichstag ist größer und verhängnisvoller als ihr Sieg vor den Straßburger Kriegsgerichten. Vor den Kriegsgerichten handelte es sich immer nur um die Entscheidung einzelner Fälle. Im Reichstag dagegen hat es sich ganz allgemein und grundlegend darum gehandelt, ob das Recht des preußischen Militärs zum Waffengebrauch letzten Endes durch Gesetz oder durch Verordnung zu bestimmen ist.

Allerdings, die geltenden Verordnungen sollen nunmehr wie versprochen wird, mit dem Gesetz in Einklang gebracht werden. Aber diese Uebereinstimmung soll nicht herbeigeführt werden durch Gesetz, sondern durch Verordnung. Diefelbe Gewalt, die seit fast hundert Jahren eine Orde aufrechterhalten hat, die zu Gesetz und Verfassung in Widerspruch steht, hat sich aus eigenem Antrieb dazu herbeigelassen zu prüfen, ob eine Aenderung der Orde notwendig sei.

Der Gesetzgebung wird damit die Vollmacht genommen, die Rechte des Bürgers gegenüber der militärischen Gewalt abzugrenzen. Für die militärische Gewalt ist — das ist uns in den letzten Tagen gelehrt worden — nicht das Gesetz, sondern die Orde entscheidend. Führt sie eine Orde der hohen, allerhöchsten Stelle aus, dann kann sie auch das Gesetz überwinden und bleibt straflos. Der Kaiser selbst

keine militärischen Ratgeber machen sich aber ihre Orde selbst, sie selber entscheiden, was ihrer Ansicht nach mit dem Gesetz vereinbar ist. Ihre Entscheidung ist Gesetz für das Militär, sie ist aber auch zuletzt Gesetz für den Bürger, tatsächlicher „Rechts“-Zustand, mag er dem geschriebenen Recht auch noch so sehr ins Gesicht schlagen.

Die bürgerlichen Parteien wollen die ungeheure grundsätzliche Bedeutung des Streits, ob das Gesetz oder der Absolutismus das letzte Wort sprechen soll, nicht begreifen. Der Reichstag wird in diesem Kampf, den seine bürgerlichen Parteien ernstlich gar nicht aufnehmen wollen, unterliegen. Er ist jetzt schon unterlegen — trotz Kommission und oppositionell gestimmten Redensarten.

Daß aber der Kampf damit für alle Zeit zu Ende ist, wird niemand annehmen, der nicht gewillt ist, den deutschen Staub von den Füßen zu schütteln. Die einfachsten Grundzüge des bürgerlichen Verfassungsstaats kann ein modernes Staatswesen nicht ungeachtet mit Füßen treten. Auch im deutschen Reichstag wird sich einmal eine Mehrheit finden, die das begreift.

Einstweilen steht der patriotische Ton der Debatten in schrillm Gegensatz zu dem positiven Ergebnis, das die Reichstagsberatungen vom 23. und 24. Januar dem deutschen Vaterlande gebracht haben. Dieses Ergebnis heißt: Nicht Deutschland ... nein: „Rußland, Rußland über alles, über alles in der Welt!“

Deutsche Politik.

Fort mit dem Papierkorb des Bundesrats.

Unendlich viel Zeit und Mühen des Reichstags sind letzten Endes zwecklos aufgewendet, wenn der Bundesrat die Beschlüsse des Reichstags unberücksichtigt läßt. Das geschieht in reichem Maße. Das Zentrum hat deshalb zum Haushalt des Reichsamts des Innern folgenden Antrag eingebracht:

Die Zusammenstellung der Entschlüsse des Bundesrats der Budgetkommission zur Berücksichtigung darüber zu überweisen, was bezüglich der als nicht erledigt zu erachtenden Beschlüsse des Reichstages geschehen soll.

Zu grundlegenden Aenderungen in dem den Reichstag so herabsetzenden Verhältnis wird sich das Zentrum nicht herbeilassen. Der Antrag verspricht daher wenig Besserung auf diesem Gebiete.

Kronprinzenbeleidigung.

Gegen den Schriftsteller Hans Reuß ist wegen eines in der „Welt am Montag“ erschienenen Artikels „Wilhelm der Rechte“ ein strafgerichtliches Verfahren eingeleitet worden. Der Kronprinz soll durch diesen Artikel beleidigt worden sein.

Nach der offiziellen Presse, dem Reichstanzler, dem Reichstagspräsidenten wird auch der Staatsanwalt mobil gemacht zum Schutze des jungen Herrn, der durch sein Verhalten die Kritik allzu unvorsichtig herausfordert.

Das Zeitalter der Majestätsbeleidigungsprozesse ist tot! Es lebe das Zeitalter der Kronprinzenbeleidigungsprozesse!

Bebels Erbe.

Die „Bayerische Staatszeitung“ gibt in ihrer Nr. 15 vom 20. Januar die Zuschrift wieder, die Genosse Hermann Müller dem „Berliner Tageblatt“ in Sachen der Hinterlassenschaft Bebels als die bekannte Schwindelnotiz gesandt hatte. Im Anschluß daran schreibt die „Bayerische Staatszeitung“:

Wir hatten die betreffende Meldung Berliner Blätter entnommen, denen es vom Kabinetsbureau Telephonunion gegangen war. Man sollte endlich einmal nach so blühenden Erklärungen aufhören, diese Erbschaftsfrage neu aufzuwürgen.

Wir bezweifeln, daß die der „Staatszeitung“ nahestehende Zentrumpresse sich aus dieser Zurückweisung viel machen wird. Noch weniger aber ist zu erwarten, daß die liberale Presse, statt über Bebels Erbe zu schwindeln, ihren Lesern mal ein wenig erzählen würde von den Einkünften und Reichthümern der kürzlich gestorbenen Kardinal Rampolla und Dreglia. Der letztere, ein Mann von beidseitigen Fähigkeiten und mächtiger Bildung, hatte ein Jahreseinkommen von 138 000 Lire = 111 000 Mark. Das ist aber ein Wappenstein gegen Rampollas Einkünfte, der allein als Kardinalstaatssekretär jährlich eine Million Lire bezog, wozu noch etwa 100 000 Lire aus anderen Aemtern hinzukamen, sodas er mehr als sieben Millionen hinterlassen hat. So sehen die Nachfolger des Menschenjohannes aus, der nichts hatte als ein einziges Gewand, und der nicht mal einen Stein sein eigen nannte, auf dem er sein Haupt niederlegen konnte. Und so wird von seinen angeblich berufensten Nachfolgern die Lehre befolgt, daß man auf alle irdischen Reichthümer verzichten, alles verkaufen und es den Armen schenken soll, und wenn einem zwei Röcke blieben, solle man davon auch noch einen dem geben, der keinen Rock hat. Wo selbst die höchsten Kirchenfürsten auf diese Lehren pfeifen, kann man natürlich von den Millionären und Multimillionären in der Zentrumspartei nicht erwarten, daß sie ihr Sandeln

den Geboten des Nazareners anpassen. Sie tun nicht nur das nicht, sondern wir finden sie in der ersten Reihe derjenigen, die mit den unentbehrlichsten Lebensmitteln, mit dem Brote, dem Fleische, der Milch, dem Wohnbedürfnis usw. schamlosesten Wucher treiben.

Kardinal Kopp gegen die Christen.

Kardinal Kopp, der einst den berühmten Brief über den verfeuchten Westen geschrieben, richtet jetzt in der Zeitschrift des Quertreibers Grafen Oppersdorff, „Wahrheit und Klarheit“, einen neuen Wappstrahl gegen die Christen. Der Breslauer Kardinal schreibt:

„In Essen (auf dem christlich-sozialen Arbeiterkongreß d. Ned.) hätte man es ... in der Hand gehabt, den gesellschaftlichen Standpunkt mit weiser Zurückhaltung und kluger Schonung des kirchlichen Empfindens zur Geltung zu bringen bei der übrigens milden Erläuterung des Herrn Bischofs von Paderborn, und so die Hoffnungen des Episkopats zu rechtfertigen. Statt dessen erging man sich in schroffen und herausfordernden Redemendungen, die die wohlwollenden Rücksichten des Episkopats völlig mißachteten und die angewandte Milde als nutzlos erwießen, weshalb letztere auch an einer anderen kirchlichen Stelle nicht gebilligt wurde. Aus dieser Vorgängen in Essen erkannte ich selbst, daß es Selbsttäuschung war, eine friedliche und veröhnliche Wirkung der Engherzigkeit zu erhoffen, und schrieb daher an den hochwürdigsten Bischof von Paderborn, daß ich diese Vorgänge tief bedauerte und daher meine Zustimmung zu seinen Erläuterungen damit zurücknahm.“

Der Kardinal kommt zum Schluß auf den Kölner Gewerkschaftsprozesse zu sprechen und erklärt:

„In diesem Urteile über die Paderborner Erläuterungen das ich seit der Essener Versammlung stets festgehalten habe hat mich leider auch der Verlauf des eben benannten Prozesses der christlichen Gewerkschaften gegen die sozialdemokratischen Redakteure noch bestärkt, und ich kann hinzufügen, daß auch in anderen Stellen, die bei dieser Gelegenheit angesprochenen Grundsätze und Ansichten ein großes Aufsehen erragt haben.“

Mit den andern Stellen kann nur Rom gemeint sein. Ein neues Unwetter zieht sich über den Christen zusammen.

Zum Kampf zwischen Krankenkassen und Ärzten.

Aus Braunschweig wird gemeldet, das Oberversicherungsamt habe an die Regierung das dringende Ersuchen gerichtet, eine Einigung zwischen dem Ärzteverband und den Krankenkassen herbeizuführen, oder den Krankenkassen aufzugeben, bis zu diesem Termin die erforderlichen zwölf Ärzte einzustellen. Das Oberversicherungsamt gründet diesen Antrag damit, daß infolge fehlender ausreichender ärztlicher Versorgung die Zahl der Halb- und Ganzinvaliden unverhältnismäßig hoch werden dürfte, was eine individuelle Behandlung bei der geringen Verzeugsvollständig unmöglich sei.

Nach einer Meldung aus Leipzig hat sich der Leipziger Ärzteverband beschwerdeführend an das Reichsamt des Innern gewandt, um zu verhindern, daß die Braunschweiger Krankenkasse 15 in Düsseldorf zur Disposition gestellte Ärzte anstelle.

Die Pressefreiheit der Offiziere.

Unter diesem Titel richtet ein Offizier einen Notschrei an den Reichstag. Im Verlage von Karl Curtius-Berlin hat er soeben ein Broschürchen erscheinen lassen, das den Rechtszustand in Bezug auf die journalistische oder schriftstellerische Betätigung der Offiziere seit der Zeit der Karlsbader Beschlüsse bis zur Gegenwart behandelt. Der Verfasser der Schrift betont das verfassungsmäßige Recht auf der höher stehenden Offiziere, sich der Pressefreiheit zu bedienen. Dieses Recht sei den Angehörigen des Heeres auch bis zum November 1871 unberührt geblieben. Damals sei eine Kabinettsorder ergangen, wonach die Offiziere bei jeder Veröffentlichung die Genehmigung des Chefs des Generalstabs einzuholen haben. Aber diese Beschränkung habe sich nur auf Nachrichten über Kriegereignisse bezogen. Es sollten dadurch Reibereien zwischen den Kriegsteilnehmern verhütet werden. Im übrigen sei den Offizieren ihre verfassungsmäßige Pressefreiheit nach Maßgabe des Pressegesetzes für das deutsche Reich geblieben, bis nach dem Regierungsantritt Wilhelms II. Von da ab seien wiederholt Kabinettsorders, teils geheime, teils öffentliche ergangen, zuerst am 1. Januar 1890, welche wieder mit der Presseverfügung noch mit dem Pressegesetz zu verantworten sei. Den für die Armee bestimmten Kabinettsorders folgten ganz gleiche für die Marine und für die Schutztruppen. Der Verfasser ruft am Schluß seiner temperamentvollen Klage über die Verkümmern der Pressefreiheit der Offiziere aus:

„Ein solcher Zustand darf angesichts der geschworenen Verfassung und des Reichs-Presse-Gesetzes nicht fortbauern. Sache des Reichstags wird es sein, von der Regierung endlich einmal Aufklärung über den Zeitbestand und eventuell nach Maßgabe der Umstände die Wiederherstellung des Verfassungsmäßigen Zustandes zu verlangen.“

Die Broschüre dürfte gerade in der gegenwärtigen Situation ziemliches Aufsehen machen, aber ob die bürgerliche Reichstagsmehrheit, die sich freut, daß sie Zaberner endlich hinter sich hat, Rückgrat genug besitzt, die erhoffte Hilfe zu gewähren, ist leider mehr wie zweifelhaft.

Ausland.

Russland.

Massenausweisungen von Juden in Russisch-Polen. Aus Warschau wird uns vom 22. Januar geschrieben: Nacheinander kommen tröstliche Nachrichten über Ausweisungen von Judenmassen aus den Dörfern in Russisch-Polen. Allein in den letzten Tagen wurden zehn Orte registriert, aus denen 880 jüdische Familien ausgewiesen wurden. Unter diesen Orten befindet sich selbst Dombrowo, ein Zentrum der Industrie, das die Juden teilweise selbst groß gemacht haben. Diese Ausweisungen treffen die Juden in Polen um so empfindlicher, als sie den Grund der gesetzlichen Ausschließung aus den Dörfern nicht kennen. Die berüchtigten Vorschriften vom Mai 1882, welche in dem gesamten russisch-jüdischen Leben eine Perturbation hervorgerufen haben, bezogen sich nicht auf Russisch-Polen, jedoch die Juden auf diesem Territorium die Privilegien des Wohnrechts bis zur letzten Zeit überhaupt nicht kannten. Um also Ausweisungen von Juden aus Russisch-Polen in die Wege zu leiten, mußten die russischen Verwaltungen einen Kniff zur Anwendung bringen. Seit einiger Zeit berufen sich nämlich die Lokalbehörden auf das für die Juden (auch in Polen) bestehende Verbot, Grundbesitz zu pachten. Wer nun eine Wohnung mietet, wird von jetzt ab von den offiziellen Beamten als Pächter von Grundeigentum proklamiert, der demgemäß wider das Recht verstoße, und dieser Verstoß wird als Anlaß zur Ausweisung der betreffenden Familien benutzt. Ist es auch eine unerhörte Verdrehung des Sinnes der Gesetzgebung, da damit das Wohnrecht der Juden in den Dörfern Russisch-Polens fast aufgehoben wird, so sind bereits die Folgen dieser Rechtsverdrehung gleich einer Katastrophe für zehntausende von Juden. Nach eines anderen Mittels bedient sich die russische Verwaltung. Sie setzt die nach der gleichen Richtung zielende Boykottbestrebung der polnischen Agitatoren in Wirklichkeit um. Wo auch immer auf Betreiben der polnischen Geistlichen und angeblich nationalkatholischer Politiker die fanatische Dorfbevölkerung eine Resolution faßt, welche die Vertreibung der Juden aus ihrem Wohnort fordert, sind die Regierungskommissäre sofort bereit, die grausamen Beschlüsse durchzuführen. Infolge der Boykottbestrebungen, die seit einem Jahr das Land erschauern, ist nun einmal die Stimmung im Volke derart, daß das Elend von Tausenden kaum noch jemanden rührt.

Badische Politik.

Eine Aktion gegen die Arbeitslosenversicherung.

Am letzten Sonntag fand in Rastatt eine Landesauskunft des Landesverbandes badischer Gewerbe- und Handwerkervereinigungen statt, die in ihrer erweiterten Nachmittags-Sitzung sich mit der Frage der Arbeitslosenversicherung und der Frage der Submissionsämter und Sachverständigen-Institute beschäftigte. Der Vorsitzende Riederbühl begrüßte die Erschienenen. Vertreten waren die 18 Gewerbeverbände des Landesverbandes, 16 Gewerbeverbände und 4 Handwerkskammern. Der Vorsitzende teilte sodann mit, daß es sich beim 1. Punkt der Tagesordnung um Stellungnahme zu einem Antrag der Sozialdemokratie bei der zweiten Kammer, die Regierung möge in den Etat 100 000 Mark einstellen, und um einen Antrag des christlich-sozialen Arbeiterverbandes um Einführung der Arbeitslosenversicherung handle. Bürgermeister Renner von Rastatt hielt ein ausführliches Referat über die Arbeitslosenversicherung und die Milderung der Arbeitslosigkeit. Drei Umstände seien es, welche die Arbeitslosigkeit zu einer ersten Frage gehalten, nämlich 1. die Verhältnisse in den sogenannten Saisongewerben, dann die Störungen in den augenblicklichen Verhältnissen, und schließlich die Landflucht, der Zuzug in die Stadt. Drei Wege gäbe es nun, der Arbeitslosigkeit zu begegnen, nämlich Arbeitsnachweis und Arbeitsvermittlung, Notstandsarbeiten und Geldunterstützungen. Bei der Behandlung der sehr schwierigen Frage müsse die politische Seite ausgeschlossen sein, denn sie sei hier nicht allein maßgebend. In seiner Kritik über die Arbeitslosenfürsorge betonte der Redner, daß schwere Bedenken bestehen gegen eine Organisation der Arbeitslosenversicherung durch das Reich, die Bundesstaaten oder die Kommunen. Die letzten und unüberwindlichen Bedenken beständen aber darin, den Begriff „arbeitslos“, die verschuldete oder unverschuldete Arbeitslosigkeit, festzustellen. Gemindert

könne die Arbeitslosigkeit werden durch einen Ausbau der Arbeitsvermittlung im Reich, durch das im Entstehen begriffene Wanderfürsorgegesetz und durch die Notstandsarbeiten. Hierzu käme noch die Selbstversicherung der Arbeitnehmer, wobei deren Verbände ergänzend mithelfen könnten. Nach der heutigen Lage der Arbeitgeber bestünde jedoch keine Möglichkeit, diesen Schultern weitere Lasten aufzubürden. In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner mit Ausnahme eines einzigen gegen eine Arbeitslosenversicherung aus. Der Standpunkt der Verjämmlung wurde in folgender, einstimmig angenommener Resolution niedergelegt: „Die Vertreter des Landesverbandes badischer Gewerbe- und Handwerkervereinigungen sowie die Handwerkskammern begreifen jede geeignete Maßnahme zur Beseitigung der durch unvermeidbare Arbeitslosigkeit entstandenen Notlage der Arbeiterschaft. Eine Arbeitslosenversicherung, deren Mittel die Arbeitgeber direkt oder indirekt ganz oder teilweise aufzubringen hätten, wird jedoch entschieden abgelehnt. Im übrigen wird an den Grundgedanken der Resolution von 1909 festgehalten.“

Es ist ein mehr als merkwürdiger Standpunkt, den da die Gewerbe- und Handwerkervereinigungen vertreten. Sie anerkennen den großen Notstand, der durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufen ist, reden ein Langes und Breites über die Mittel, ihn zu bekämpfen, lehnen dann aber das einzige Mittel, das wirkliche Hilfe zu bringen vermag, die Arbeitslosenversicherung, glatt ab und zwar jede Form der Arbeitslosenversicherung, sowohl die durch das Reich, wie die durch den Staat und die durch die Gemeinde. Und warum das? Weil sie verhalten wollen, daß, wie ihre Resolution offenbar sagt, die Arbeitgeber, also auch die Handwerker, „direkt oder indirekt, ganz oder teilweise“ die Kosten aufbringen sollten. Mögen nun ruhig die Arbeitslosen verhungern, ihre Familien verderben, Not und Elend in den Arbeiterhütten herrschen, wenn nur dem geheiligten Portemonnaie der Herren Arbeitgeber kein Abtrag geschieht. Was kümmert es die Herren Meister, wie es in der Seele eines verdienstlosen Arbeiters aussieht, was kümmert es sie, wenn Frauen darben, Kinder hungern müssen: nur dem Profit, dem Gotte Profit darf nichts geschehen! Selten hat ein Gewerbe- und Handwerkerverband in so schroffer und eindeutiger Weise seine reaktionäre und antisoziale Seele enthüllt.

Die ganze Aktion hat wohl nur den Sinn, die Regierung und die bürgerlichen Parteien gegen die Arbeitslosenversicherung und gegen den Antrag unserer Fraktion im Landtag scharf zu machen. Ob ihr das gelingen wird, bleibt abzuwarten. Sollte es aber wieder einmal zu einer solchen trassen Scheidung der Geister kommen: nantes Portemonnaieinteresse gegen soziale Verantwortlichkeit und soziales Gewissen, und sollte wieder einmal die Sozialdemokratie in der Verfechtung der Arbeiterinteressen allein stehen bleiben: dann werden hoffentlich auch dem letzten noch in den Banden reaktionärer Parteien stehenden Arbeiter die Augen aufgehen, wo er die Vertreter seiner Interessen zu suchen hat und wo er sie findet.

Ludwig Rezhäuser

ist, wie bereits gestern berichtet, am Donnerstag im Krankenhaus zu Füssen in Oberbayern gestorben. Den Folgen seines Bergigungsversuchs und des Liegens im Schnee 30 Stunden lang ist er zum Opfer gefallen. An der Beerdigung in Füssen nahmen viele organisierte Buchdrucker und auch die 72jährige Mutter Rezhäusers teil. Die Zentrums- und sozialdemokratische Presse für die katholische Religion zu reklamieren. So schreiben die „Konstanzer Nachrichten“: Ludwig Rezhäuser war mit der katholischen Kirche, der er angehörte, schon lange zerfallen. Über er stand nicht als Feind seiner Kirche. Nach Blättermeldungen hat er angesichts des Todes der Priester rufen lassen und die heiligen Sakramente empfangen. In unheimlich kalter Winternacht wollte er den Tod suchen, aber Gottes Barmherzigkeit ließ ihm noch Zeit, sich mit der Kirche zu versöhnen.

Rezhäuser hatte, wie der Eisenburger „Wolfsmacht“ mitgeteilt wird, in den letzten Tagen vor seinem Tode furchtbare Schmerzen ausgehalten. Er war fast immer bewusstlos. Ob unter diesen Umständen die Schlussfolgerungen des Zentrumsblattes berechtigt sind — vorausgesetzt natürlich, daß es sich nicht überhaupt um einen Zentrumschwindel handelt — ist daher wohl in Frage zu stellen.

Der Krankenstand in den staatlichen Irrenanstalten.

Das Ministerium des Innern hat der Budgetkommission der ersten Kammer eine Uebersicht über die voraussichtliche Gestaltung des Krankenstandes in den staatlichen Irrenanstalten für die Jahre 1914/1920 überfandt. Bei dieser Uebersicht ist angenommen, daß die Anzahl bei Rastatt im Jahre 1919 für etwa 4-500 Kranke wieder eröffnet werden können und im Jahre 1920 für etwa 600 Kranke Platz bietet. Wie sich die Verteilung auf Ende des Jahres 1921 gestalten wird, in dem mit einem Krankenstand von 5600 zu rechnen ist, hängt davon ab, ob in diesem Jahr die Anstalt Forstheim aufgehoben wird oder mit deren Fortbestand zu rechnen ist. Im ersteren Falle wären — bei Annahme eines Ausbaues der Anstalt bei Rastatt für tausend Kranke — die Kliniken mit je 110, Illenau mit 880, Emmendingen und Wiesloch mit je 1300 und Konstanz mit 1000 Kranken zu besetzen, während bei Fortbestand der Anstalt Forstheim für 560 Kranke die Belegung der Kliniken mit je 110, der Anstalten Illenau mit 880, Emmendingen und Wiesloch mit je 1100 und Konstanz mit 900 Kranken in Aussicht genommen werden könnte.

* Freiburg, 26. Jan. Im Alter von 70 Jahren ist Geographmann und Stadtrat Wilh. Fischer gestorben. Er war lange Jahre hindurch Vorsitzender der badischen Zentrums- und gehörte als Vertreter für Freiburg von 1881 bis 1886 und 1893 bis 1900 dem badischen Landtag an. Für Freiburg selbst wirkte er als Stadtrat; u. a. war er Vorsitzender der Gewerbebank.

* Waldshut, 26. Jan. Neue Rheinbrücke. Nachdem nun auch der Große Rat des Kantons Argau und die interessierten argauischen Gemeinden sich über die Kostenfrage geeinigt haben und auch mit der badischen Regierung und den interessierten badischen Gemeinden eine Vereinbarung getroffen wurde, wird im Laufe dieses Frühjahrs mit dem Bau der neuen Brücke Waldshut-Koblens begonnen. Die Bauzeit dürfte etwa 9 Monate beanspruchen, jedoch mit Beginn des nächsten Jahres die neue Brücke dem Betrieb übergeben werden kann.

* Freiburg, 26. Jan. Die bisher nationalliberale „Freiburger Zeitung“ ist nunmehr zu den unabhängigen Tageszeitungen übergegangen.

Der Wahlkampf im 7. badischen Reichstagswahlkreis.

Die Stadttagerversammlung in Offenburg war sehr gut besucht. Reichstagskandidat Gen. Geiler entrollte in zweifelhafte trefflichen Ausführungen ein Bild der Reichspolitik. Er ging besonders mit der „Volkspartei“, dem Zentrum, scharf ins Gericht. Die unsachliche, schloffe Kampfesweise dieser Partei, die man nicht nach ihren Worten, sondern nach ihren Taten beurteilen müsse, unterzog er einer eingehenden Kritik. Immer wieder mißbrauche diese Partei die Religion zu Wahlzwecken. Nur damit kann sie die Wähler noch über ihre eigenen Sünden hinwegtäuschen. Die alte Klage, daß die Sozialdemokratie religionsfeindlich sei, wies er treffend zurück. Das Zentrum verheißt geflissentlich, daß unsere Partei für volle Freiheit jeden religiösen Bekenntnisses sei. Gegen alle Ausnahmengesetze, auch für Aufhebung des Jesuitengesetzes, stimmte sie. In markanten Zügen beleuchtete Redner dann die Zoll- und Steuerpolitik des Reiches, er zeigte vor allem, daß unsere kleinen Bauern, Handwerker und Arbeiter keinen Nutzen von dieser haben, sondern nur ungeheuer belastet werden. Die Steuerkraft des Volkes sei durch die wahnsinnigen Kriegersteuern des Militarismus schon jetzt völlig erschöpft, jedoch für kulturelle Zwecke nichts übrig bleibt. Dabei hat sich der Militarismus zu einem Staat im Staate herausgebildet, der über Gesetz und Recht hinwegschreitet. Er verhöhrte sogar noch das Volk, das die ungeheuren Lasten zu tragen hat, in unglaublicher Weise, wie die Vorgänge in Bayern zeigen. Es gilt vor allem, im Geiste demokratische Zustände zu schaffen, um es zu einem wirklichen Volksheer zu machen. Die Demo-

Als französischer Spion in Deutschland gefangen.

Memoiren von Paul Chorenne.

(Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Das Opfer dieser Geschichte war ein gewisser Hammelmann aus Rudolstadt, der dort mit Frau und Kindern ein kleines Geschäft führte. Um noch etwas dazu zu verdienen, hatte er sich um die freie Stelle eines „Gefangenentransporteurs“ beworben. — Dieser merkwürdige Beruf, der in Frankreich ganz unbekannt ist, besteht darin, gegen ziemlich geringes Gehalt, Gefangene von einem Ort zum anderen zu begleiten. In Deutschland wird dieses Amt meistens von verheirateten Zivilpersonen, die sich während ihres Militärdienstes gut bewährt haben, ausgeübt, als kleiner Nebenberuf, während die Frau solange dem Geschäft vorsteht.

Hammelmann sollte also seine Sporen als Transporteur verdienen und einen sanften, stillen, nur zu ein paar Monaten Zuchthaus verurteilten Verbrecher, einen Herrn von B. von Rudolstadt nach Halle bringen. Der gute Hammelmann, der noch nie einen Gefangenen gesehen hatte, war nicht wenig erstaunt, statt des erwarteten Banditen einen vornehmen, eleganten Herrn vor sich zu haben, dem er die Handschellen, die vorgeschrieben waren, gar nicht zu zeigen wagte. Endlich wagte er aber doch, sie herauszuziehen, aber der Herr machte ein so hochwürdiges Gesicht und gab sein Ehrenwort, nicht zu fliehen, daß Hammelmann die Armbänder errötend wieder einsteckte.

Herr v. B. hatte eine kleine Geldsumme bei sich, die Hammelmann anvertraut wurde; aber der Gefangene ließ während der fünfständigen Fahrt im Bummelzug soliel Gutes zu essen und zu trinken für sich und seinen Wärter von diesem Geld kaufen, daß der arme Hammelmann, der so etwas nicht gewöhnt war, total betrunken in Halle ankam. Sein Gefangener mußte ihm einen Wagen nehmen, damit er nur bis zum Zuchthaus kam; das Schütteln des

Wagens und die schwere Zigarre, die sein Gegenüber rauchte, bewirkten, daß er besinnungslos auf dem Sitz zurückfiel.

Der Portier des Zuchthaus grinst, als er den Wagen ins Portal fahren sah: „Das ist nicht der erste den man uns in solchem Zustand einliefert.“

Herr von B. hatte sich natürlich mit den Ausweisungspapieren Hammelmanns versehen.

„Der Gefangene hat im Wagen plötzlich einen Ohnmachtsanfall bekommen,“ erklärte er im Bureau dem Bureauvorsteher.

„Das macht nichts,“ knurrte dieser, „gehen Sie jetzt an die Kasse und lassen Sie sich ihre Rechnung bezahlen, während ich Ihnen hier Ihre Scheine ausfertige.“

Gesagt, getan. Nachdem Herr von B. im Besitz einer Quittung über pünktliche Ablieferung und im Besitz seines Geldes war, verschwand er mit dem Koffer Hammelmanns und war nie mehr gesehen. Sein Wort hatte er gehalten, unterwegs nicht auszubrechen, er war erst vom Zuchthaus aus verschwunden.

Herr Rabst, dem der Pseudogefangene übergeben wurde, konstatierte, daß er nur sinnlos betrunken sei, und sperrte ihn die Nacht über in eine Zelle.

Man kann sich das Erwachen des armen Hammelmanns anmalen! Das Schlimmste war, daß man ihn wegen seines verstörten Aussehens u. seiner unzusammenhängenden Aeußerungen für verrückt hielt und ins Krankenhaus schleppte. Der Arzt untersuchte ihn und erklärte ihn für einen einfachen Simulanten. Kurz die Lage des armen Transporteurs wurde immer kritischer bis der Direktor, dem man von der merkwürdigen Einlieferung eines Gefangenen, der sein eigener Transporteur sein wollte, berichtet hatte, auf den Gedanken kam, Hammelmann mit der Beschreibung des Rudolstädter Verbrechers zu vergleichen. Dies brachte nun alles ans Tageslicht. Sofortige Entlassung aus dem Dienst eines Transporteurs war die Folge für Hammelmann, und ich glaube, daß von da an die Rede ging, die Ziviltransporteure in Deutschland überhaupt abzuschaffen

Sechzigstes Kapitel.

Von Halle nach Ludau.

Gegen Mitte März hörten wir plötzlich, daß die letzten Sträflinge die noch in Halle gelieben waren, nach Ludau in der Laufzig, einer kleinen Stadt von 4000 Einwohnern, gebracht werden sollten.

Die Abreise von Halle war auf den 28. März festgelegt worden. Der Direktor sollte selbst den Transport leiten. Er ließ mich in sein Bureau kommen, sagte mir, wie froh er sei, mir mitteilen zu können, daß er sich mit seinem Kollegen in Ludau dahin verständigt habe, daß ich meine Ueberlegungen fortsetzen dürfe. Noch eins: „Sie wissen wohl nicht, daß für die bevorstehende Vergnügungsreise die Gefangenen je zwei und zwei aneinander gefesselt werden? Wenn Sie mir jedoch Ihr Ehrenwort geben, keinen Fluchtversuch zu wagen, so können Sie ohne Fesseln reisen.“

Natürlich nahm ich dies Anerbieten voll Dank an.

Am 25. schon hatte alle Zucht im Zuchthaus aufgehört. In den Zellen saßen die Sträflinge u. saßen, in den großen Sälen plauderten, lachten und amüsierten sie sich nach Herzenslust. Jedermann freute sich auf die schöne Reise. Gab es doch Unglückliche hier, die seit dreißig Jahren im Zuchthaus waren und alle Fühlung mit der Welt längst verloren hatten. Nun sollten sie wieder einmal hinauskommen und sogar eine Eisenbahnfahrt mitmachen, es war eine so schöne Aussicht!

(Fortsetzung folgt.)

Spieleplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Dienstag, 27. Jan. C. 33. „Helfer“, lyrische Komödie in 3 Akten von Verdi. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende gegen 10 Uhr. Donnerstag, 29. Jan. A. 34. Reue in Studier: „Der Barbier von Bagdad“, tomische Oper in 2 Akten von Peter Cornelius. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende 10 Uhr. Freitag, 30. Jan. B. 35. „Wallensteins Tod“, dramatisches Gedicht in 5 Akten von Schiller. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

tratie auch im Parlamente müsse immer mehr zur Geltung kommen. Die Sozialdemokratie hat stets Anträge gestellt, um die Rechte des Volkes zu erweitern. Diese wurden aber von sämtlichen bürgerlichen Parteien, insbesondere auch von der angeblichen Volkspartei, dem Zentrum, bekämpft. Mit einem Appell an die Versammlung, die Entscheidung nur nach den Daten der Parteien zu treffen, schloß er seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag.

Der Vorsitzende Gen. Durban ging dann noch auf das Flugblatt der Christen ein. Dies habe aufs neue den Beweis erbracht, daß die christlichen Gewerkschaften nur Hilfstruppen des Zentrums sind. Mit einem Appell, am 3. Februar nur den Stimmzettel mit dem Namen Franz Geiler in die Urne zu legen, schloß derselbe wie in guter Stimmung verlaufene Versammlung.

Kommunalpolitik.

Eine städtische Milchzentrale.

Ueber die städtische Milchzentrale in Mannheim veröffentlicht die „Kommunale Praxis“ sehr beachtenswerte Mitteilungen. Die Zentrale wurde am 1. März 1912 in Form einer Genossenschaft errichtet. In ihr ist finanziell und verwaltungsmäßig in erster Linie die Stadt engagiert; als weitere Genossenschaftsmitglieder sind der Konsumverein, eine Anzahl Gewerkschaften und Beamtenvereine zu nennen. Die Zentrale zeigt in der kurzen Zeit ihres Bestehens eine derart erfreuliche Entwicklung, daß bereits die Erbauung eines großen Fabrikationsgebäudes projektiert werden muß.

Der Tagesumsatz begann bei Eröffnung des Geschäfts mit 500 Liter; er beläuft sich heute auf 10 000 Liter. Ursprünglich hatte man sich nur auf den Straßenverkauf eingerichtet; jetzt aber wird die Milch, der Ortsgewohnheit entsprechend, den Abnehmern auch in die Wohnung getragen. Auch wird Milch an Labengeschäfte zum Weiterverkauf abgegeben. Als Grobhandhändler kommen dann noch in Betracht der Konsumverein, Warenhäuser, Volkshochschulen, Hospital für Lungentranke usw. Der Verkauf der Milch von den Produzenten machte bisher noch nicht die geringsten Schwierigkeiten, im Gegenteil, es wird immer mehr Milch angeboten, als gebraucht wird. Die Landwirte sind eben in der Milchzentrale einen zahlungsfähigen Kunden. Eingekauft wird die Milch zu 17 Pfennig, auch 17½ Pfennig das Liter. Nachdem sie gereinigt und tiefgekühlt ist, kommt sie mit 22 Pfennig zum Straßenverkauf. 23 Pfennig für das Liter muß bezahlt werden bei Bezügen in die Wohnung und 20 Pfennig beim Abholen in der Zentrale. Vor Gründung der Milchzentrale forberten die Händler für die ungerinigte Milch 24 Pfennig, während sie sich heute an die Preise der Zentrale halten müssen.

Die sehr preisregulierende Milchzentrale wirkt, das stellt sich bei Submissionen für die Milchlieferungen an das städtische Krankenhaus heraus. Früher mußte die Stadt 20 und 21 Pfennig pro Liter zahlen; seit der Milchzentrale mit als Konkurrenz auftritt, gingen die Preise bis auf 18½ Pfennig herunter. So weit kann die Zentrale nicht heruntergehen, da sie mit einem ganz anderen Aufwandsfuß zu rechnen hat, als die Händler. Letztere haben sich jetzt überdies auch eine Molkereigenossenschaft gegründet, die ebenfalls ganz gut besteht. Die Finanzlage der Milchzentrale ist sehr gesund. Es konnten an den modicillen Anlagen sehr ansehnliche Abschreibungen gemacht werden; auch wurde die Verzinsung des Kapitals ohne Schwierigkeiten getragen. Dieses auch in finanzieller Hinsicht erzielte glänzende Ergebnis konnte allerdings nur erreicht werden, weil erstens sich die Milchzentrale nicht allein auf den Verkauf von Milch verlegte und zweitens, weil die Betriebsräumlichkeiten in städtischen Schlachthaus und Viehhof untergebracht wurden, von welchem Betrieb sie Licht und Kraft zum Selbstkostenpreis erhält. Die täglich überschüssige Milch wird verbuttert und verläßt. Die Butter findet starken Absatz; große Mengen Butter werden nach aus Weidenburg bezogen. Am Milchverkauf wird nur wenig, am Verkauf von Butter und Käse aber gut verdient. Die neuen Betriebsräumlichkeiten sollen mit einem Aufwand von ungefähr 300 000 Mark von der Stadt

erstellt und an die Milchzentrale verpachtet werden, ähnlich wie die Fettmelze, die beim Schlachthaus von der Stadt erbaut und an die Metzgerei verpachtet worden ist. Bei der neuen Betriebsrichtung soll größte Rücksicht auf die Milchverarbeitung sowie auf Futter- und Käsefabrikation genommen werden, da diese für die Milchzentrale das finanzielle Rückgrat bildet. Hierwegen wurden gegen die Stadtverwaltung von Milch- und Butterhändlern schon schwere Angriffe gerichtet, die bis jetzt wirkungslos blieben. Auch mit allerlei gegen den Betrieb der Zentrale gerichteten Verdächtigungen mußte sich die Stadtverwaltung beschäftigen, die schließlich gar im Gerichtsaal ausgetragen wurden. Die Milchzentrale ging dabei immer als Siegerin hervor.

1. Bürgerversammlung in Jöhlingen. Endlich wurde auf dem Jöhlinger Rathaus ein schon lange bestehendes Unrecht abgeschafft. In Jöhlingen hatten bisher die Witwen nur die halbe Bürgergabe erhalten. Am 18. Januar hatte nun eine Bürgerversammlung zu entscheiden, ob die Witwen die ganze Gabe erhalten sollen oder nicht. Die Versammlung entschied durch einstimmige Annahme die Bewilligung der ganzen Bürgergabe. Auch bezüglich der Holzabgabe herrscht hier viele Mißstimmung. Die Holzabgabe fand bisher jedes Jahr ausgangs Februar oder Anfang März statt. Es besteht nun der allgemeine Wunsch, daß die Abgabe früher erfolgen möge. Wir wissen nicht, trägt die Schuld der Herr Postmeister oder die Gemeindeverwaltung, sicher wäre aber bei einigermaßen gutem Willen möglich, daß die Bürger ihre Holz zum Mitte Januar erhalten. Die Landwirte sowie die Bauhandwerker könnten dann ihr Holz bei guten Wetterverhältnissen nach Hause verbringen und klein machen, denn jetzt haben sie alle Zeit. Auch die Gemeinde hätte sicher mehr Nutzen, wenn das Holz beim gefrorenen Wege abgeführt wird. Jetzt muß sie jährlich hunderte von Mark ausgeben für Instandhaltung der Wege. Auch die Fuhrleute sowie die Tiere wären lange nicht so geschunden, wie im Frühjahr, wenn alles aufgetaut ist. Vielleicht genügen diese Zeilen, um dieses Uebel auch aus der Welt zu schaffen.

2. Bürgermeisterwahl in Unterwissembach (A. Bruchsal). Die Bürgermeisterwahl ist resultatlos verlaufen. Gemeinderat Rale erhielt 33 und sein Gegenkandidat Padermeister Sor n ebenfalls 33 Stimmen.

3. Ein rentabler Holzstich. Dem Bürgerausschuß in Freiburg ist eine Vorlage des Stadtrats über die Erhebung eines außerordentlichen Holzstiches in den städtischen Hofwäldungen zugegangen. In den städtischen Hofwäldungen ist, wie in der Begründung der Vorlage gesagt wird, ein erheblicher Leberort an Altholzstücken vorhanden, der aus waldbaulichen wie wirtschaftlichen Gründen durch einen umfangreichen außerordentlichen Holzstich genutzt werden soll. Es handelt sich um einen außerordentlichen Holzstich von 60 000 Festmetern, die neben dem jährlichen Holzschlag von 20 000 Festmetern im Laufe des Wirtschaftsjahres 1912 bis 1921 genutzt werden sollen und einen ungefähren Reinerlös von 700 000 M. versprechen.

4. Der Gemeindeverband für Gasversorgung des Amsteberts. Herrschend hielt dieser Tage im hiesigen Rathaus zu 2. 0. r. a. eine Versammlung ab. Aus dem Bericht war zu entnehmen, daß die Fernversorgung gute Fortschritte macht. Einem Ansehen von 600 000 M. bei der Angestelltenversicherung wurde einstimmig zugestimmt. Der Voranschlag für 1914 wurde nach den Vorschlägen des Verbandsausschusses genehmigt. Die dem Verband angehörenden Gemeinden erhalten für das Jahr 1913 bereits ansehnliche Zuwendungen.

5. Schul- und Krankenhausbauten in Singen. Um für das kommende Schuljahr der Volksschule die so dringend benötigten Räume zu schaffen, hat die Stadtverwaltung jetzt mit dem M. b. a. u. des für 88 000 M. angekauften Hotel „Palast“ begonnen. Es werden in diesem günstig gelegenen Anwesen Bezirke geschaffen, wobei für eine Reihe von Jahren von einem besonderen Schulhausneubau abgesehen werden kann. Die dringende Aufgabe für dieses Jahr ist die Vorlage eines Krankenhausbauens, denn die benutzten Einrichtungen entsprechen schon lange nicht mehr den Anforderungen. Dazu kommt der mit Neujahr in Kraft getretene Ausbau der Allgem. Ortskrankenkasse, der noch erhöhte Spitalansprüche bringt.

Aus der Partei.

1. Aßern, 25. Jan. Am letzten Sonntag fand hier eine öffentliche Versammlung statt. Genosse Meller. Mastatt behandelte das Thema „Das bedrohte Koalitionsrecht und die Vorgänge in Zabern und Straßburg“. Die Versammlung war leider nicht so besucht, wie es die Bedeutung dieses Themas verdient hätte. Gerade die es am meisten nötig hätten, glänzten mit Abwesenheit. Genosse Meller entledigte sich seiner Aufgabe in vorzüglicher Weise und erntete am Schlusse reichen Beifall. Der Vorsitzende Gen. Bierthaler richtete an die Anwesenden einen Appell, in Zukunft besser für unsere Organisation einzutreten. Daraus wurde eine Resolution verfaßt, die einstimmig angenommen wurde.

2. Parteiverfassungen im Herzogtum Coburg. Die gegen die beabsichtigte Verschlechterung des Koalitionsrechts veranfaßten Parteiverfassungen in Coburg, Neustadt, Rodach hatten überall einen erfreulich starken Besuch durch die Arbeiterschaft zu verzeichnen. Oft unterbrochen durch Zustimmungsbeyegungen, behandelte der Reichstagsabgeordnete Genosse Rechtsanwält Hofmann aus Hof in Bayern die wahre Geschichte der deutschen Koalitionsfreiheit, dabei die hinterlistige Art der beabsichtigten Entziehung wirkungslos darlegend. Einstimmig wurde in allen Orten eine entsprechende Resolution, die dem Reichstag zugeht, angenommen.

3. Der holländische Parteivorstand hat, um die mehr als 10 000 neuen Mitglieder, die sich im letzten Jahre der Partei angeschlossen haben, theoretisch zu schulen, eine allgemeine Vortragsreise geplant. Eine ganze Reihe der besten rednerischen Kräfte sollen in seinem Auftrage besonders in den kleineren Orten, wo man sonst schwerlich zu intensiver theoretischer Schulung kommt, Vorträge über das Parteiprogramm oder über Teilfragen des Programms halten. Um den Plan noch besser zu fördern, trägt der Parteivorstand die Hälfte der Kosten und übernimmt eine sonst in der holländischen Partei nicht übliche kleine Honorierung der Vortragenden auf seine Rechnung. In dieser Weise hofft man, aus den neu gewonnenen Mitgliedern auch tüchtige, den Anforderungen des Kampfes gewachsene Genossen zu machen.

4. Der Generatrat der belgischen Arbeiterpartei hat die Tagesordnung für den zu Aßern stattfindenden Kongress festgelegt. Zugleich beriet er die Satzungen des kürzlich geschaffenen Ausschusses für soziale Erziehung. Die Satzungen sind angenommen worden. Der Ausschuh wird ergänzt durch einen Delegierten des Fabrikanten Solbach, des Spenders der großen Erziehungsstiftung und die Gen. Wanderbebe und Vandermisfen — Der neue Ausschuh wir seinen Sitz in Brüssel haben. Er soll den Zweck haben, Gesandtschaften zu studieren und vorzubereiten, sowie den sozialistischen Deputierten Material für die Diskussionen zu verschaffen.

Gewerkschaftliches.

1. Ein Streik in der Automobilindustrie in Petersburg. Vom Sekretariat der Internationalen Union der Holzarbeiter wird uns mitgeteilt, daß sich die Arbeiter zweier Automobilfabriken in Petersburg, nämlich der Firma K. Kummel und der Russisch-Baltischen Fabrik seit 2½ Monaten im Streik befinden, um Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen abzuwehren. Der Fabrikant Kummel hat schon wiederholt versucht, Streikbrecher aus Moskau heranzuziehen. Es gelang ihm auch, vier Maler zur Reize nach Petersburg zu verleiten, die jedoch die Aufnahme der Arbeit verweigerten, als sie erfuhren, welche Rolle ihnen zugemutet wird. Da es ihm unmöglich ist, in Rußland Streikbrecher zu finden, hat der Unternehmer jetzt seinen Blick nach Deutschland gewandt, und er rühmt sich, hier so viel Arbeiter finden zu können, als er bedarf. Die streikenden Arbeiter in Petersburg bitten dringend, den Lockungen nicht zu folgen. Nicht nur, daß diejenigen, die nach Petersburg gehen, dort Streikbrecherdienste leisten müssen, sie werden auch zweifellos in ihren Hoffnungen betrogen. Der Fabrikant Kummel hat schon bei früheren Gelegenheiten deutschen Arbeitern gegenüber bewiesen, daß er nicht getraut ist, gegebene Versprechungen zu halten. Der Zuzug von Automobilarbeitern aller Branchen nach Petersburg muß auf das strengste ferngehalten werden.

2. Süddeutsche Gerichtsurteile über christliche Streikführer. Am 16. Januar hatten sich circa 20 Arbeiter, die im Karbidwerk Freiburg beschäftigt waren, vor dem Landgericht P a j a u wegen Streikvergehens zu verantworten. Wir entnehmen dem „Waher Wochenblatt“ über die Verhandlungen folgendes: „Die Angeklagten hatten sich der „Christlichen“ Organisation angeschlossen und reichten an den Arbeitgeber Forderungen ein. Als diese scharf zurückgewiesen wurden, traten die Arbeiter in den Streik. Wegen der Unmöglichkeit des Unternehmers und weil die Streikenden der Meinung waren, daß die Gendarmerie sich einseitig auf die Seite des Unternehmers stelle, gerieten sie in eine begriffliche Erregung, die auch den sich meldenden Arbeitswilligen gegenüber zum Ausdruck kam. Als am 4. Dezember die Händleröhne Schreiner und Mandl aus Schwabmünchen sich auf Arbeitsfunde zum Karbidwerk begeben wollten, wurden sie von dem Streikposten Spinbler unter Drohungen zurückgehalten. Am nächsten Tage verurteilten abermals mehrere Arbeiter, in die Fabrik zu gehen. Der Streikposten Eberl konnte sie nicht zurückhalten, weshalb er den in einem Gasthause befindlichen Kollegen durch Pfeifen zu erkennen gab, daß etwas los sei. Nun kamen ca. 45 Streikende aus dem Lokal, und die Arbeitstuchenden wurden verprügelt. Der Arbeiter Weber schoß sogar auf die Flüchtenden, ohne jedoch zu treffen. Die bürgerliche Presse schrieb damals, die Täter würden sich wegen Landfriedensbruchs zu verantworten haben; aber die Anklage lautete nur auf Körperverletzung. Es erhielten Spinbler 6 Wochen, Hödl und Weber je 4 Wochen, Eberl 8 Wochen Gefängnis, weitere 8 Mann je 10 Tage, 2 je 14 Tage; die übrigen wurden freigesprochen.“ Die Angeklagten sind zu begnadigungsfähigen, daß sie sich nicht vor verschiedenen ost- oder norddeutschen Gerichten zu verantworten hatten. So billig wie in P a s s a u wären sie nicht davongekommen. Aber was nicht ist, kann noch werden. Wenn der sehnliche Wunsch des christlichen Arbeiterführers und bayerischen Landtagsabgeordneten O s w a l d, daß man in Süddeutschland doch die harten Urteile einführen möchte, in Erfüllung gehen wird, dann wird es soweit kommen, daß auch christliche Streikführer wegen solcher Vergehen, wie sie im P a s s a u e r Prozeß zur Aburteilung fanden, nicht nur auf Wochen, sondern auf Monate ins Gefängnis gehen müssen, — das heißt, wenn sie Glück haben. In Norddeutschland winkt den Streikführern häufig genug das Zuchthaus, auch wenn sie nicht viel mehr begangen haben als die streikenden Arbeiter in P a s s a u.

3. Wie die Grubenherren strafen. Die Bergarbeiter bekommen es jetzt zu fühlen, daß die Krise auch im Industriebezirk an Herrschaft gewinnt. Der Lebermut der Grubenherren wächst ins Maßlose. Wie sie die Bergarbeiter drangsalieren und mit härtesten Strafen verfolgen, dafür liefert die Stimmesgäbe „Glück auf Tiefbau“ ein sehr beredtes Beispiel. Als vor einigen Tagen frühmorgens zwischen 5 und 6 Uhr die Belegschaft anfahren wollte, stellte sich heraus, daß infolge der großen Kälte Förderseile und Seilscheibe gefroren waren. Der Schacht ist nämlich sehr nah und die Seile bringen viel Wasser mit der Leberstand beboben werden konnte. Die Leute standen über Tage herum und es war schon 9 Uhr geworden, da erklärte der Inspektor den

Volk und Vaterland.

Ernst Moriz Arndt über die Soldatenehre. Das Jubiläumjahr 1913 ist soeben erst in Grab gesunken, und noch klingen uns die Oden von den löwenhaften Helden, die in der bürgerlichen Welt den Helden von 1813 gewidmet wurden. Unter denen, die besonders warm gepriesen wurden, befand sich auch Ernst Moriz Arndt. Vielleicht also darf dieser warmherzige und wadere Mann noch aus dem Grabe heraus seine Meinung über den Stalban in Zabern sagen?

Hier ist sie:
Am dreizehnten Kapitel des „Kurzen Katechismus für deutsche Soldaten“, den er 1812 in geistiger Führung mit Stein herausgab, heißt es:

„Zu der Zeit als unsere Vorfahren am freiesten und glücklichsten lebten, taten die Ritter und Männer des Volkes, welche den Waffen ihr Leben weihen, das Gelübde der Armut, Keuschheit und Demut. . . Als aber die Soldaten dieses vergaßen und nicht mehr wußten, daß der Mensch sein Vaterland und sein Volk und Freiheit und Gerechtigkeit immer im Herzen haben soll, als sie zu feilenlosen Spielzeugen der Fürsten und zu blinden und willenlosen Werkzeugen der Willkür und Gewalt erniedrigt wurden, da haben sie sich oft eingebildet und aufgeführt, als seien sie über allen ihren Mitbürgern, und als seien die Bürger und Bauern eines Landes niedrigere Geschöpfe und nur zum Lasttragen und zur Verhöhnung geboren. Trotz, Hoffart, Lebermut, hohe und laute Worte und schlechte und gewalttätige Taten sind von Soldaten leider oft gehört und gesehen worden. Dies aber ist durchaus unwürdig und schändlich.“

Nicht gegen den friedlichen Bürger und Bauern soll der Soldat feurig, trotzig und wild sein; wann der Feind naht, dann hat er Gelegenheit, zu zeigen, wie feurig ungestüm und gewaltig er sein kann. Das übermütige, windige und bräherische Wesen aber steht dem Tapferen übel und entehrt das Eisen, das ein Mann an den Hüften trägt! In der veränderten Fassung, die der „Katechismus“ 1813 erhielt, heißt es dann noch von den entarteten Soldaten: „Freiheit und Gerechtigkeit heiß ihnen oft nur, was der Herr befahl, und die großen Heiligthümer eines edlen Menschen, Volk und Vaterland, stellen sich tief unter das prunkende Ding, das sie Soldatenehre nennen.“

Es ist nicht sonderbar, daß dieses dreizehnte Kapitel aus der Feder eines Mannes von 1813 im Jahre 1913 so ganz vermissen worden ist?

Theater und Musik.

Die Geschichte von den 7 Geherten.

In seinem Rezitationsabend, der am Donnerstag im Vortragsaal des Konservatoriums in Karlsruhe stattfand, machte uns der vorzügliche Rezitator Rogelmann-Vollrath mit der graufigen Seelengeschichte von sieben russischen zum Stranatsch Ber-

urteilen bekannt. Der Verfasser dieser psychologisch tiefgründigen Innenlebenstudie, Leonid Andrejew, führt uns an fünf herunterfallenden Terraristen der jüngsten russischen Revolution und an zwei gemeinen bestialischen Nordpfeifen die seelischen Einbrüche während der immer mehr sich heizenden Todeserwartung in greifbarer Wirklichkeit vor Augen. Noch nie haben wir ein Werk so reich an realistischen und persönlichen Szenen ausfindig empfunden. Besonders die beiden letzten Kapitel: „Auf der Fahrt“ (zum Galgen) und „Angelommen“ (mit einer Schilberung der Hinrichtung) sind mit solch krafter Wirklichkeit gewollt, daß mancher Hörerin und wohl auch manchem Hörer eine frostige Gänsehaut anfallt. Ueber das grundtiefste Seelenproblem, wie die einzelnen Verurteilten den Tod heranzusehen fühlen, wie sie sein Kommen empfinden und von welchen seelischen Gesichtspunkten aus sie ihn willkommen heißen oder als ein Schreckgespenst fürchten und zurückdrängen wollen, hierüber brauchen wir uns an dieser Stelle nicht nochmals auszulassen; hat doch in Nr. 16 des „Vollrath“ Dr. R. Prédol mit bezeichnender Feder eine psychoanalytische Erläuterung zu dieser Vorelfung herausgeschickt, die in wunderbarer Klarer und verständlicher Form das Wesentliche treffend heraushebt. Nebenfalls können wir nochmals wiederholen, daß es wohl kein zweites derartiges Werk geben mag, das so geistvoll und psychologisch begründet in diese düstere, unheimliche Materie hineinkuchtet.

Diese sieben Glaubensbekenntnisse über das Wesen des Todes hätten allerdings weiteren Volkstreffen zugänglich gemacht werden sollen. Man hätte durch billigere Preise die größere Öffentlichkeit interessieren und besonders für dieses Thema durch Preisermäßigung die bildungsferne Arbeitererschaft gewinnen sollen. So war der an sich schon kleine Raum bedauerlich leer und die andächtigt lauschende Gemeinde war schon mit einem Blick zu zählen. Aber trotzdem wußte der Vortragende seine Hörerschaft in einen gewaltigen Bann zu schlagen und man hing, atemlos Schauern und Mitleid penbelnd, gespannt und ergriffen an seinen Lippen. Rogelmann-Vollrath ist aber auch ein Erzähler von tatsächlich seltener Gaben. Ein Künstler im Mienenpiel, ein Rhetoriker in vollendetem Maße und dazu ein sprachlicher Illustriator, — so ungefähr lassen sich mit bescheidenen Worten die guten Qualitäten Rogelmann-Vollraths aufzählen. Er las nicht etwa gedruckte Worte mit trockenem Sinn; nein — er formte, gestaltete Bilder aus seinem eigenen Miter-schauen heraus und führte uns diese in ihrer farblichen Leuchtkraft miter-schauenklar deutlich vor das innere Auge. Dabei hielt sich der Vortragende geistlich aller jener billigen Effektiv-mitteln fern. Mit sympathischer, wohlklingender Stimme sprach er zu uns und durch die hohe Kunst seiner Personendat-terisierung zeichnete er mit jeder vorkommenden Gestalt eine lebenswahre, glaubhafte Typen, die so sehen wir in unserer wach-gerufenen Fantasia glaubten. So also dürfen wir dem Rezitator Rogelmann-Vollrath Dank wissen für seine brillante Vorlesung der sieben Geherten und hoffen, ihn auch später wieder einmal in Karlsruhe hören zu können. W. Sch.

Arbeitslosen, die sich beklagen: Wenn es nicht passe, könne ja nach Hause gehen. Des Wartens müde, gingen sie nach Hause. Und die Folge? Dafür, daß sie nach dreistündigem Warten nach Hause gegangen waren, wurden sie je mit 250 M. bestraft wegen willkürlichen Feierns! Weiter! Laut den geltenden Bestimmungen ist morgens Anfahrts bis 6 Uhr. Jetzt hat die Verwaltung verfügt, daß jeder Bergmann morgens spätestens 4 1/2 Uhr im Besitz seiner Grubenlampe sein muß, nach 6 Uhr werden keine Lampen mehr verabfolgt; wer später kommt, wird zur Anfahrts nicht mehr zugelassen. Diese Maßregel bedeutet also eine willkürliche Verlängerung der Schichtdauer. Es kamen nun einige Leute um 10 Minuten vor 6 Uhr an, also noch früh genug, um die gesetzlich geregelte Schicht zu verlassen. Sie waren also ihrer Schicht für den Tag verlustig. Wie staunten sie aber, als zu alledem sie auch noch durch Anschlag mit 4 M. bestraft wurden — angeblich wegen willkürlichen Feierns!

Söher geht kaum noch. Man bringt die Arbeiter um Schicht und Lohn und bestraft sie obendrein. Nachher figurieren die so geschädigten Leute in der Statistik auch noch als Dummelanten.

* Die Arbeitslosigkeit in der Gutindustrie. Die Arbeitslosigkeit des Jahres 1912 und 1913 sehr unterschiedliche Zahlen auf, die die Wirkungen der Krise auch in dieser Industrie deutlich erkennen lassen. Bei einer Mitgliederzahl von 11 000 im Jahre 1912 (im Jahre 1913 waren es 10 812) wurden 11 941 Arbeitslosenfälle gezählt gegen 8001 Fälle im Jahre 1912. Viel größer aber ist die Dauer der Arbeitslosigkeit. Während 1912 die Zahl der Arbeitslosigkeits-tage 286 876 betrug, stieg sie 1913 auf 480 334, also um 40 Prozent. Eine ähnliche Steigerung zeigt auch die auf das einzelne Verbandsmitglied entfallende Arbeitslosigkeit; kamen im Jahre 1912 auf das arbeitslose Mitglied 20 1/2 Tage, so 1913 etwas über 41 Tage. Auch die für am Orte oder auf der Reise arbeitslosen Mitglieder gezahlten Unterstützungen weisen eine beträchtliche Zunahme auf. Im Jahre 1912 verausgabte der Verband dafür 61 377 M., im Jahre 1913 dagegen 88 474 M. Als Arbeitslosigkeitstage sind nicht mitgerechnet die Tage, an denen mit der Arbeit ausgesetzt wird. Die Aussetzungstage sind so hoch wie die Arbeitslosigkeitstage. Zwei Drittel der Arbeitslosigkeitstage entfallen auf 8000 Mäherinnen in der Strohhutindustrie.

Diese Zahlen beweisen besser als viele Worte, wie schwer die Gutarbeiter und Gutarbeiterinnen von der Krise betroffen sind. Die Zahlen bilden aber auch mit einer eindringlichen Mahnung an die Gemeinden, die Bundesstaaten und an das Reich, unverzüglich eine wirksame Arbeitslosenfürsorge einzutreten zu lassen.

Berichtszeitung.

Aus der Karlsruher Strafkammer.

Sitzung vom 22. Januar.

Die Dienstmagd A. S. von Bruchsal wurde vom hiesigen Schöffengericht wegen Diebstahls zu 6 Wochen Gefängnis und wegen Gewerbsunacht zu 4 Wochen Haft und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde verurteilt. Gegen die Ueberweisung legte sie Berufung ein, die aber erfolglos blieb. — Die Dienstmagd U. S. von Billingen öffnete im Dezember v. J. im Hause Jägerstraße 24 hier mit einem Nachschlüssel das Zimmer des Dienstmädchens Anna und stahl aus dem darin stehenden Schrank 10 M., eine Dose mit einem Mittel gegen Sommerprossen im Wert von 3,50 M., 1 Paar Handschuhe im Wert von 2 M., eine Trübsade im Wert von 15 M., sowie verschiedene Wäschstücke, alles zusammen im Wert von 27 M. Sie erhielt wegen schweren Diebstahls 3 Monate Gefängnis, abzüglich 4 Wochen Untersuchungshaft. — Der Chauffeur G. A. von Dieboldheim wurde vom hiesigen Schöffengericht wegen Ueberreizung des § 366 Biffer 10 St.G.B. zu 30 M. Geldstrafe verurteilt. Auf seine Berufung wurde die Strafe auf 16 M. ermäßigt.

1. Der Nägelfresser. Zu einem drahtigen Mittel griff der „Kaufmann“ Julius Dreier von Freiburg, als er zur Verbüßung einer zweijährigen Strafe seit März v. J. im hiesigen Landesgefängnis interniert war. Entweder um eine Unterbrechung des einjährigen Strafvollzugs herbeizuführen oder um Selbstmord zu verüben, verschludete er nach und nach ungefähr 200 auf beiden Seiten zugespitzte Nägel. Ohne besonders nachteilige Folgen wurde der unverdauliche Metallhaufen auf operativem Wege aus seinem Körper entfernt. Neuerdings des Geisteschwinds angeklagt, wurde in der Strafkammerungung zu Freiburg am 24. Jan. Prof. Dr. Hoche, Direktor der psychiatrischen Klinik, als Sachverständiger über den Geisteszustand von Dreier vernommen. Nach dessen Gutachten ist D. als verminderte Zurechnungsfähiger zu betrachten. Als besonderen Glücksfall sieht es Dr. Hoche an, daß D. bei dem großen Quantum der verschluckten Nägel mit dem Leben davon kam. Wegen Geisteschwinds erhielt der Angeklagte eine Zusatzstrafe von drei Monaten Gefängnis.

Ein Honigprozeß.

Vor der Strafkammer des Landgerichts werden an der Aller wurde ein besonders in Zerkreisen Interesse hervorrufernder Verleumdungsprozeß gegen den „Zentralblatt“, Max Kuchemüller in Freiburg, früher in Konstanz, zu dem 43 Zeugen und 11 Sachverständige aus Berlin, Gamburg, München, Freiburg i. B. und anderen deutschen Städten geladen waren, verhandelt.

Die beiden Nebenkläger, Professor Dr. Judenack, der mit dem Titel Regierungsrat Vorsteher des staatlichen Untersuchungsamt in Berlin ist, und Fabrikant Winkelmann, Inhaber der Honig- und Wachswerke in Bisselshövede (Hannover) waren persönlich anwesend.

Aus der Anklageerkenntnis ging hervor, daß Kuchemüller bei schriftlichen Eingaben anlässlich früherer Prozesse Winkelmann des Verkaufs gefälschter Honige bezüchtigte, gegen Dr. Judenack erhob er den Vorwurf, derselbe habe das schriftliche Treiben Winkelmanns durch Gutachten, die er über dessen Honige erhaltete, begünstigt. Kriminalkommissär Först aus Gamburg, der in einer Anzahl Honigfälschungsprozessen mitgewirkt hat, sagte als Zeuge aus: Nach seiner Meinung begünstigte Kuchemüller die in Gamburg bestraften Honiggröbhaber Winkelmann und Frohoff. Wenn Kuchemüller die ernste Absicht gehabt hätte, den Honigschwindel zu bekämpfen, so würde er an dessen getan haben, sich an die vorgelegte Behörde zu wenden. Es folgt die Vernehmung einer Reihe von Zeugen, die früher bei Winkelmann, dem Nebenkläger, in Bisselshövede beschäftigt waren. Diese und jetzt noch dort beschäftigte Arbeiter haben verschiedene Male tote Ratten in den gefüllten Honigbottichen gefunden. Die Befragung des Zeugen Raßl, daß dieser Honig dennoch zum Verkauf gelangt sei, rief große Bewegung im Publikum hervor. Nicht minderes Aufsehen verursachte eine Zeugenansage, wonach A. u. S. L. a. n. o. n. i. g., den Winkelmann mit deutschen Honigen oder mit Kunsthonig verschnitt, als ekle Beigabe Meiderfchen und dergleichen erhielt. Ein in dem Betriebe angestellter Schloffer fand den Trinkbrunnen und die Röhrenleitungen in schmutzigen Zuständen.

Unter den weiteren Zeugen befinden sich Arbeiter, Werkmeister und frühere Angestellte des Winkelmannschen Honigwerkes, welche nie als Inhaberarbeiten oder Ungünstigkeiten wahrgenommen haben. Während der ganzen Dauer des Prozesses wurden viele Fragen über Bienenzucht und Honigerzeugung angeschnitten, deren Erörterung zu weit führen würde.

Neber die Verantwortlichkeit Kuchemüllers und seinen Kampf

gegen den unreellen Honighandel äußern sich verschiedene Zeugen und Sachverständige in für ihn günstigen Sinne, andere wollen schlechte Erfahrungen mit ihm gemacht haben. Kuchemüller gab die formelle Erklärung ab, daß er Professor Judenack nicht habe der Bestechung beschuldigen wollen. Er sei bereit, dies in der „Zentralzeitung“ zu bestätigen und die Kosten zu übernehmen. Professor Judenack war von dieser Erklärung persönlich befriedigt. Der Angeklagte wurde schließlich freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt. Nachdem der Vorsitzende die Mitteilung gemacht hatte, daß der Polizeipräsident in Berlin den Strafantrag in bezug des Professors Judenack nicht zurückziehe, beantragte der Staatsanwalt ein Jahr Gefängnis gegen Kuchemüller.

An der Begründung des freisprechenden Urteils wurde hervorgehoben, daß Kuchemüller nicht wider besseres Wissen gehandelt habe, daß ihm der gute Glaube nicht abzuspüren sei und die ihm zugeleiteten Verdächtigungen nicht abzusprechen hätten. Wie man hört, beabsichtigt die Staatsanwaltschaft, gegen das Urteil Revision an das Reichsgericht einzulegen.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter Zahlstelle Karlsruhe.

Trotz der ungünstigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse war das Jahr 1913 für die Zahlstelle Karlsruhe eines der erfolgreichsten, sowohl der inneren Entwicklung als auch den äußeren Erfolgen nach. Die Konzentration in der badischen Brauindustrie macht richtige Fortschritte. Die kleinen und mittleren Brauereien verschwinden immer mehr von der Bildfläche. Es haben bestanden: Im Jahre 1881 1688 Brauereien mit einer Jahresproduktion von 1 888 843 Hektolitern, im Jahre 1911 508 Brauereien mit einer Jahresproduktion von 3 208 194 Hektolitern. Von dieser Jahresproduktion entfallen wieder mehr als 60 Prozent auf die 88 Aktienbrauereien in Baden. Die Arbeiter werden daher immer mehr in die Großbetriebe hineingedrängt, wo für patriarchalische Verhältnisse kein Raum mehr ist. Die moderne Arbeitsmethode und Antreiberei in diesen Betrieben bilden die Grundlage für die freie Organisation. Die Kleinbrauerei Genter in Durach hat ihren Betrieb eingestellt, die Kundtschaft wurde von der Brauerei Kammerer übernommen. Ein Kollege wurde ebenfalls mit übernommen. Brauereibesitzer Schneider in Rienzigen hat seine Brauerei ebenfalls an eine Ludwigsburger Großbrauerei verkauft. In Müllacker wurde die Brauerei Hof aufgelassen und die Kundtschaft der Brauerei Gehr. Beso eimerleibt. Vier Kollegen wurden von dieser Brauerei übernommen und zwei mit je 800 M. entschädigt.

Die Organisation der Unternehmner im mittelbadischen Brauergewerbe hat ihre Organisationsform geändert. Der Verband der Brauereien von Karlsruhe und Umgebung, E. V. hat sich in den Mittelbadischen Brauereiverband, G. m. b. H. umgewandelt. Bei dieser Umfirmung haben sich mehrere Betriebe abgespalten, jedoch der neue Titel in ungeändertem Verhältnis zu den realen Verhältnissen steht. Die Großmühlen haben sich zu einem Syndikat zusammengeschlossen, um die Mehlpreise hinaufzutreiben. Der Spiritusring macht riesige Anstrengungen, um auch in Südbadland die ganze Produktion unter seine Herrschaft zu bringen, jedoch dagegen von der Gesellschaft Sinner Abwehrmaßnahmen getroffen wurden durch Erhöhung des Aktienkapitals. Aus den Jahresberichten der Aktiengesellschaften ist zu entnehmen, daß es den meisten derselben gelungen ist, den Gewinn zu erhöhen. Dazu sind die Mehlpreise bei erhöhter Ausbeute gesunken, jedoch der Untergang noch lange nicht vor der Tür steht, wie man es immer hinzustellen beliebt, wenn die Arbeiter Forderungen stellen.

Am 1. Oktober trat die gesetzliche Schaumacherhöhung in Kraft. Die Witte haben einfach, ohne die Konsumenten zu fragen, die Gefäße zurückgeschickt. Dadurch ist eine weitere Preisverhöhung eingetreten. Es hat sich aber auf Seite der Konsumenten keine Opposition dagegen geltend gemacht. Im Interesse der Produzenten ist aber die fortgesetzte Verteuerung des Bieres auf seinen Fall gelegen.

Die Lohnbewegungen konnten alle mit einem guten Erfolg beendet werden. Nur in einem Falle kam es zur Arbeitsniederlegung, um die Forderungen der Mühlenarbeiter durchzusetzen. Bei den meisten Bewegungen handelte es sich um die Erneuerung eines bestehenden Tarifvertrages. Es wurden neue Tarifverträge abgeschlossen mit 11 Ringbrauereien von Karlsruhe, Durach und Forzheim, mit der Unionbrauerei Karlsruhe, der Brauerei Wilhelm Hells in Karlsruhe, der Brauerei Beck in Forzheim, mit drei Kleinbrauereien in Durach und Weingarten, der Guttentraubrauerei in Ettlingen, der Brauerei Theodor Braun in Oberkirch, sowie zwei Viermiedlerlagen in Forzheim und Baden und mit der Gesellschaft für Brauerei, Spiritus- und Breibefabrikation vom G. Sinner für die Abteilung Mühlenbetrieb. Insgesamt wurden für 969 Kollegen 92 976 M. Lohnerhöhungen erzielt. Hierzu tritt noch die Lohnsteigerung während der Tarifdauer, die Erhöhung der Ueberstundenlöhne, der Nachtzuschläge, der Lourngelder, Gombwerkerzulage und der Zulage für Schmutzarbeiten, sowie Erhöhung der Entschädigung bei Krankheit und militärischen Uebungen und die Arbeitszeitverkürzung von 89 385 Stunden.

Aus diesem Vertragsverhältnis entstanden natürlich zahlreiche Differenzen. In den Tarifverträgen der Ringbrauereien wurde erstmals ein Schiedsgericht festgesetzt, welches in Funktion zu treten hat, wenn zwischen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisation keine Einigung erzielt wird. In diesem Schiedsgericht stellen beide Teile je zwei Vertreter unter dem Vorsitz des Stadtratsrats Herrn Reulum. Ueber die Auslegung des Mühlenarbeits bei der Gesellschaft Sinner erzielte man sich auf ein besonderes Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Huber, Syndikus des Mittelbadischen Brauereiverbandes. Im ganzen waren vier Streitfälle durch Schiedspruch zu erledigen, wovon drei zugunsten der Arbeiter und einer zu ungunsten derselben entschieden wurden. Zahlreiche Differenzen wurden mit den einzelnen Arbeitgebern oder durch Beschwerde beim Syndikus erledigt. Bei 21 erfolglos Entlassungen konnten dieselben in 9 Fällen wieder rückgängig gemacht werden.

Besonders beunruhigend unter dem Fahrpersonal wirkte das Verhalten der bad. Regierung. Das Ministerium des Innern hat eine Verfügung an die Bezirkämter erlassen, daß den Arbeitgebern von den Bestrafungen der Kautzler Kenntnis zu geben ist. Dies geschah auf Grund einer Entscheidung des Reichsgerichts, wonach der Arbeitgeber sich von den Bestrafungen der Kautzler Kenntnis verschaffen soll. Die Polizeibehörden der großen Verkehrscentren haben aber das Ansehen über die Bestrafungen der Kautzler Auskunft zu erteilen, abgelehnt. Der Polizeiminister in Baden hat aber das Gegenteil getan. Auch auf die Eingabe der Organisation hin wurde die Verfügung nicht zurückgezogen. Es wurde auch der Versuch gemacht, benachteiligte Kautzler wegen geringfügigen Polizeitrafens zu entlassen. Diesem Vorhaben wurde aber energig entgegengetreten. Die Polizei sollte sich lieber darum kümmern, wie lange ein Kautzler im Dienst steht, wenn er einmal schlafend angefaßt wird. Die tarifliche Ruhezeit wird in vielen Fällen nicht eingehalten. Hier wäre es dann am Platze, dem Arbeitgeber einen Strafzettel zuzuschicken.

Die Tätigkeit der Ortsverwaltung war eine intensive. Es fanden statt: 140 Versammlungen, 57 Sitzungen, 18 Tarifunterhandlungen, 11 Termine vor dem Gewerbe- und Schiedsgericht und 22 sonstige persönliche Vertretungen.

Im Mitgliederstand ist auch in diesem Jahre wieder ein erfreulicher Zuwachs zu verzeichnen, und zwar ist derselbe gestiegen von 850 auf 988 Mitglieder, also ein Mehr von 84. Sieben Mitglieder sind mit Tod abgegangen und zwar drei Kollegen durch sehr bedauerliche Unfälle. Ein Kollege wurde in der Brauerei Silbernagel in Wellheim durch den christlichen Vertrauensmann mit mehreren Maßkrügen auf den Kopf geschlagen, jedoch vier Wochen später der Mißhandelte starb. Der christliche Kaufbold aber entkam seiner gerechten Strafe, da der Staatsanwalt auf die Feststellung der Todesursache verzichtete. Diese „christliche“ Geldentart ist natürlich kein Terrorismus. Ein Kollege kam in der Brauerei Köpfer zwischen die Räder zweier Eisenbahnwagen. Ein erst vom Militär entlassener Kollege wurde durch die Lokalbahn an der Kriegstraße überfahren. Die Zahlstelle Karlsruhe wird den verstorbenen Kollegen ein ehrendes Andenken bewahren. Entsprechend der Mitgliederzahl ist auch der Umsatz an Beitragsmarken gestiegen. Es wurden verkauft 44 248 Beiträge gegen 39 840 im Vorjahre, also mehr 4884 Beiträge. Die Einnahmen betragen 21 426,55 M., mehr gegenüber dem Vorjahr 1913,00 M. An die Hauptkasse konnten abgehandelt werden: 10 896,14 M., mehr gegenüber dem Vorjahr 1913,53 M. Am den lokalen Ausgaben gerecht werden zu können und um bei Bedarf lokale Mittel zur Verfügung zu haben wurde der Lokalbeitrag von 6 auf 10 Pf. erhöht. Auch wurde durch die Schaffung eines Lokalstatuts eine erweiterte Unterstützung eingeführt. Die lokalen Forzheim und Raftatt verwalten ihre Lokalkasse selbst. Der vom Hauptverband ausgegebene Extrabeitrag wurde ohne Anstand geleistet. Auf Sammelstellen ging der Betrag von 168,85 M. ein.

Die Zahlstelle hat somit ein erfolgreiches Jahr hinter sich. Das sollte alle Mitarbeiter aufs neue anspornen, nach besten Kräften zu wirken und zu streben, um der Organisation neue Mitglieder zuzuführen, um so den weiteren Ausbau der einträglichen Interessensvertretung der Brauerei- und Mühlenarbeiter zu fördern.

Zwei Großfeuer in Niefern.

Wie wir schon gestern kurz berichteten, ist in der Nacht vom Sonntag auf Montag die erst vor Jahresfrist neu erbaute Ziegelei von Sönlle und Niefelberger in Niefern abgebrannt. Kurz vor Mitternacht ertönte Feueralarm. Die Feuerwehr war rasch zur Stelle, allein man mußte gleich einsehen, daß hier nicht mehr viel zu retten war, denn der ganze ca. 100 Meter lange und 40 Meter breite Bau stand schon ganz in Flammen und brannte so lichterloh, als ob das ganze Brandobjekt mit Petroleum übergoßen wäre. Das ganze Gebäude brannte in kurzer Zeit vollständig nieder und die modernen Ziegeleimaschinen samt den Borräten sind vernichtet. Der Schaden wird auf 80—100 000 M. geschätzt. Wie der Brand entzündet ist noch unbekannt. Die Ziegelei Sönlle und Niefelberger gehörte nicht dem Ring der Ziegeleien an und hat durch Unterbietung oft preisregulierend gewirkt. Die Ringziegeleien werden froh sein, die unbequeme Konkurrenz für eine zeitlang los zu haben.

Ein Unglück kommt selten allein. Dies bewahrheitete sich auch in Niefern. Noch bildete der Brand der Ziegelei das Tagesgespräch, als ein noch größerer Brand von Niefern gemeldet wurde: Die Papierfabrik Bohnerberger und Cie. in Niefern steht in Flammen! An Ort und Stelle erhobene Nachrichten zufolge war schon am Sonntag Vormittag durch Kurzschluß in der Streicherei der Papierfabrik ein kleiner Brand entstanden, der indessen durch die auch Sonntags im Werk beschäftigten Arbeiter gelöscht wurde. Da man weiteren Kurzschluß befürchtete, wurde dem Wächter große Wachsamkeit in der Nacht anempföhlen. Derselbe hat dann auch halbträchtig seinen Rundgang vorgenommen und als in der Mitternachtsstunde der Feueralarm wegen des Brandes der am anderen Ende des Dorfes stehenden Ziegelei Sönlle und Niefelberger ertönte doppelt genau seiner Pflicht genügt. Als um 4 bzw. 5 Uhr morgens der Betrieb aufgenommen wurde, war auch alles in Ordnung. Erst gegen 9 Uhr vormittags brach auf dem Lumpenboden ein neuer Brand aus, der ebenfalls auf Kurzschluß zurückgeführt wird. Während Arbeiter und die schon wieder zu erneuter Tätigkeit herbeigerufene Feuerwehr den Brand zu löschen sich bemühten, entzünd auf dem gegenüber liegenden Fabrikgebäude ein neuer Brandherd, die beide mit unheimlicher Schnelligkeit um sich griffen. Nun war natürlich höchste Zeit, der von dem Brand der Ziegelei und die dadurch verlorene Nacht-ruhe etc. so schon stark genug in Anspruch genommene Nieferner Feuerwehr Hilfe herbeizurufen. Das geschah denn auch; zunächst wurde die Eutinger Feuerwehr gerufen und um 1/2 12 Uhr mittags gab auch in Forzheim Großfeueralarm, der zwei Abteilungen der Forzheimer Feuerwehr nach Niefern abrückte ließ. Mit vereinten Kräften wurde nun dem verheerenden Element entgegengetreten, allein so sehr man auch den nun recht ausgebreiteten Brand mit Wasserstrahlen überhäufte, an ein Löschen war nicht mehr zu denken und man mußte sich darauf beschränken, ein Weiterausbreiten des Feuers zu verhindern. Vor allem galt es, das große hart gefährdete Wohnhaus des Besitzers Dr. Haß und des Direktors und Teilhabers Raubek zu retten und auf der anderen Seite eine Ausdehnung auf den Streichmaschinenbau zu unterbinden. Letzteres geschah dadurch, daß man durch Einreißen von Giebeln und Abtragen von Dachgebälk dem Feuer die Nahrung nahm. Die hart bedrohte Wand des Wohngebäudes, das vollständig ausgeräumt worden war, wurde stark mit Wasser übergoßen. Ganz abgebrannt ist indessen die Lumpenlagerei, das Lumpenortierhaus, das große Haus, in dem zwei sehr wertvolle Papier-Maschinen untergebracht waren, die Kucherei, der große Holländeraal, die Dreheret etc. Ein etwas abseits neu erstelltes Kesselhaus, das ca. 6 Wochen im Betrieb ist, und das ebenfalls neu erstellte Papierlagerhaus waren nicht gefährdet. Im Frühjahr sollte an das vorstehend erwähnte Kesselhaus ein neues Maschinenhaus angebaut werden, wie überhaupt die Nieferner Papierfabrik fast von Jahr zu Jahr vergrößert wurde. Wie hoch sich der angerichtete Schaden beläuft, ist noch nicht festzustellen; jedenfalls ist er sehr groß. Der Brand verursachte große Raubentwicklung und die angrenzenden schneebedeckten Felder und Wiesen sind von verbrannten Papierresten schwarz meliert. In der Papierfabrik waren ca. 150 Arbeiter beschäftigt, die nun, da die Papiermaschinen zerstört und der Betrieb nicht aufrecht erhalten werden kann, arbeitslos sind, soweit sie nicht bei den Aufräumungsarbeiten Beschäftigung finden können. Ein hartes Los in dieser kalten Jahres-

Soziale Rundschau.

Gaggenau, 26. Jan. Der Volksbildungsverein für Gaggenau und Umgebung hält heute, Dienstag, 27. Januar, abends halb 9 Uhr, in der Stadthalle seine erste Generalversammlung ab. Es ist interessant, bei dieser Gelegenheit einiges aus dem statistischen Bericht über das 1. volle Vereinsjahr wiederzugeben. Der Hauptzweck des Vereins ist noch immer die Unterhaltung der öffentlichen Bücherei und Lesehalle, die am 2. Januar 1913 ins Leben trat. Die Bücherei umfasst einen Bestand von 635 Bänden. Sie wurde außerordentlich stark benutzt. Es fanden sich im Sommer durchschnittlich 10-20 und im Winter 30-40 Leser in den Abendstunden ein. Die geringste Buchausgabe eines Abends betrug 15 Bände, die höchste 78 Bände; im ganzen wurden 1913 8239 Bände ausgeliehen, eine für die Größe der Bücherei enorme Zahl. Von den 200 Mitgliedern benutzten 187 die Bibliothek; es kommen auf den Kopf des Lesers also 15 Bände. Dieser große Erfolg übertrifft unsere Erwartungen und zeigt die Notwendigkeit der Bücherei. Zu bedauern ist nur, daß infolge der geringen Mittel die Vergrößerung der Bibliothek nicht in rascherem Tempo erfolgen kann. Weniger günstig ist der Besuch der Lesehalle, der aber immerhin nicht unbedeutend ist. In den Wintermonaten finden sich im Monat etwa 160-200 Leser ein, also 6-8 Leser pro Abend. Sehr gering dagegen ist der Besuch der Lesehalle in den Sommermonaten, weshalb man mit dem Gedanken umgeht, die Lesehalle für Sommermonate geschlossen zu halten und die dadurch frei werdenden Mittel für Bibliothek und Veranstaltung von Vorträgen zu verwenden. Das Jahr 1913 brachte nur einen Vortrag. Wir hoffen, daß darin in Zukunft mehr gesehen kann. Es sei aber hier an alle Einwohner der Appell gerichtet, dieses gemeinnützige Werk, das auf völlig neutralem Boden steht, durch die Tat zu unterstützen.

Aus dem Lande.

Sttlingen.
Bereinigter Arbeiterverein. Wie seit Jahren üblich, werden die bereinigten Arbeitervereine (Arbeitergesangverein, Eintracht, Freie Arbeiter, Freie Turnerschaft und sozialdemokratischer Verein) auch für den diesjährigen Fasching am Samstag, 31. Februar, abends 8 Uhr beginnend, in der hiesigen Festhalle einen Maskenball veranstalten. Genosse Frey wird hierbei in einer Plauderrede der stimmungsvollen Mittel intereffante Internas von der Bürgermeisterei erzählen und auf sonst noch für Gemütsheilung größtmögliche Sorge getragene Eintrittskarten erhalten die Vereinsmitglieder durch die Einfassierung und bei der am Sonntag, 15. Februar, vormittags 10-11 Uhr, im Nebenzimmer der Brauerei Densle eingerichteten Verkaufsstelle zu ermäßigten Preisen. Karten zu 60 Pf. sind bei den Vereinsvorständen, Einfassern und den Bazarhandlungen Kees und Dilger, sowie in den Verkaufsläden des Konsumvereins zu haben. An der Abendkasse kostet jede Karte 1 M.

Vorstandswahl zur Krankenkasse. Am 3. Wahlgang wurde an Ergebnis für die Wahl der Vorstandsstelle der hiesigen Krankenkasse erzielt. Sägewerksbesitzer Kerschler wurde zum 1. und J. Böll zum 2. Vorsitzenden gewählt.

Baden-Baden.
Vom Krematorium. Im verflochtenen Jahre wurden im hiesigen Krematorium 95 Leichen eingeschert. Von diesen stammten 23 aus unserer Stadt, 22 aus übrigen Städten des Großherzogtums, 34 aus Elz-Verdingen, 3 aus Hessen, 2 aus Preußen und 1 aus Württemberg. Es gehörten an der evangelischen Konfession 76, der katholischen 8, der altkatholischen 3, der israelitischen 3, ohne Konfession 2 und Dissident 1. Seit der Eröffnung des Krematoriums (Oktober 1909) wurden insgesamt 329 Leichen eingeschert.

Die Wabergemeindesteuer hat im abgelaufenen Jahre im Kreise Baden folgenden Ertrag ergeben: Im Finanzamtsbezirk Achern 1062,10 M., im Hauptsteueramtsbezirk Baden 774,78 M. und im Finanzamtsbezirk Kastatt 3565,76 M. Im Vergleich zum Vorjahre 1912 ist im Bezirk Baden eine wesentliche Minderung nicht eingetreten, dagegen sind Wabergemeindesteuern sowohl im Bezirk Achern als auch im Bezirk Kastatt eingetreten. Der Gesamtertrag stellt sich auf 9942,64 M. und beträgt gegenüber 1912 mehr 678,44 M. Der dem Kreise Baden gefälligst zukommende Anteil von 30 Prozent an der eingezeichneten Wabergemeindesteuer beläuft sich auf 2982,79 M. und ist um 209,53 Mark höher als im Vorjahre.

Offenburg.
Eine direkte Bahnlinie Offenburg-Wilstadt-Neßl wird seit Jahren angestrebt, findet aber bei der Regierung keinerlei Gegenliebe. Da nun die Regierung Autolinien zu Subventionieren sich geneigt zeigt, hat sich das bestehende Bahnkomitee an die Regierung gewandt, damit wenigstens eine Autolinie in Verbindung mit industrieller Wilstadt und andere Orte an die Bahnlinie anschließt. Das Projekt einer Kurve Legehurst-Windischlag hat die Ständekammer schon vor Jahren genehmigt. Das Gelände ist erworben, die Linie ausgestellt, aber mit dem Baubeginn will nicht vorwärts gehen, obwohl dadurch eine direkte Verbindung Straßburg-Neßl mit dem Oberland und dem Schwarzwald geschaffen wäre und Appenweier die nötige Entlastung erhielte. Bei der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit hätten die Bedarbeiter willkommenen Verdienst.

Forzheim, 26. Jan. Bekanntlich verschwand vor einigen Monaten der Inhaber der Bijouteriefabrik F. Weeber Nachf., Otto Kasper. Man erzählt jetzt, daß Kasper wegen umfangreicher Betrügereien, die von ziemlich großer Tragweite sind, das Weite gesucht hat. Bis jetzt hat man noch nicht erfahren können, wo er sich aufhält; man vermutet, daß er sich in Nordamerika befindet, ein Strafverfahren gegen ihn ist eingeleitet. Kasper soll einigen von ihm bedienten Firmen Dubles statt bestellter Goldwaren geliefert haben. Die Hauptgeschädigte scheint die Firma Albert E. Ambruster zu sein, und zwar soll es sich hier allein um etwa 145 000 M. handeln. Wie es heißt, hat Kasper, der keine große Familie hatte, nicht auf besonders vornehmem Fuß gelebt. Es ist deshalb ein Mädel, wozu er das Geld gebracht hat, das er auf die geschilderte uneheliche Art erwarb.

Forzheim, 26. Jan. Hier findet in der Zeit vom 9. bis 24. Mai eine Ausstellung für Hotel- und Wirtschaftsgewerbe, Kochkunst usw. statt. Die Ausstellung wird veranstaltet vom Bezirksverein Forzheim und Umgebung und umfasst 20 Gruppen. Den Ehrenvorsitz übernimmt Oberbürgermeister Habermann.

Unterriedelbach, 26. Jan. Der 20jährige Goldarbeiter Alfried Bohner gab in der Absicht, sich das Leben zu nehmen, einen Revolver auf sich ab, der ihn schwer verletzete. Der Verletzte gilt als solcher und spärlicher Mensch; es ist unklar, was ihn zu seinem Entschluß gebracht hat.

Reidelsberg, 26. Jan. Als man den vermeintlichen Kirchenräuber Preski nach Mosbach brachte, stellte sich heraus, daß es gar nicht der Gesuchte ist. Der Verhaftete hatte eine gleiche Dedabresse benutzt, wie der verfolgte Preski und war daraufhin in Appalod verhaftet worden.

Mannheim, 26. Jan. In der Nacht vom 8. zum 9. Dezember vor J8. wurde ein Bierheim-Worker namens Moh-

haupter, der in einer Wirtschaft der Kaiserstraße zwei Büchsen Bier bezogen hatte, wobei diese sahen, daß er zahllos geholt, auf dem Heimweg überfallen, niedergeschlagen und ausgeplündert. Der eine der beiden Straßendiebe wurde in der Person des Tagelöhners Peter Kitz aus Wernheim schon vor einiger Zeit verhaftet. Heute früh gelang es, auch den anderen Teilnehmer an der gemeinsamen Begehung zu ergreifen. Es ist der Tagelöhner Ludwig Kugler, der in Ludwigsbafen bei seiner Mutter wohnte. — Den Verletzungen erlegen ist gestern im Krankenhaus der 69 Jahre alte Fuhrmann Karl Kugler aus Rheinau, der am Samstag nachmittag am Redauer Uebergang unter seinen mit zwei Pferden bespannten Wagen geriet und schwer verletzt wurde.

Mannheim, 26. Jan. Infolge Treibeises des Nordsee sind die hiesigen Häfen alle überfrozen. Durch den Eisbrecher wurde der Verkehr nach aufrecht erhalten.

Appenweier, 26. Jan. Der Kutscher Anton Spring hier stürzte bei einer Schlittenfahrt rücklings so unglücklich auf die Straße, daß er einen schweren Schädelbruch erlitt.

Retalungen (A. Adolfsfeld), 26. Jan. Ein plötzlich in Wabstun verfallener junger Mann ging während des Gottesdienstes zum Altar vor und schlug unter Ausstoß von Flüssen dem Geistlichen mehrmals mit voller Wucht ins Gesicht. Der Versuch eines zweiten Angriffes wurde von den Kirchensuchern verhindert.

Schmüdingen (A. Waldshut), 26. an. Dem 18jährigen Arbeiter Baumgartner von hier stürzte beim Auseinandernehmen einer Maschine ein schweres Metallstück auf das Bein. Der Verunglückte erlitt gefährliche Verletzungen.

Daueneberstein, 26. Jan. Als einige junge Leute mit einem mehrläufigen Schützen rodelten, verlor der Renker die Herrschaft über den Schützen, dieser schlug um und ein 17jähriges Mädchen wurde so schwer verletzt, daß es ins Spital nach Baden gebracht werden mußte.

Vom Bodensee, 26. Jan. Der Mühlenbauer Emil Rehtlein von Bollingen montierte in Ermahnung eine Mühle. Nach Feierabend spazierte er auf dem Damm, an dem die Dampfschiffe halten. Hier glitt er aus und stürzte in den See. Trotz sofortiger Hilfe konnte der Bedauernswerte erst nach 20 Minuten tot aus dem Wasser gezogen werden.

Beteiligung der Uhrenindustrie an der Karlsruher Jubiläumsausstellung. Eine in Donaueschingen abgehaltene Versammlung der Vertreter der Uhrenindustrie und verwandter Industrien auf dem Schwarzwald beschloß, eine Beteiligung der Schwarzwälder Uhrenindustrie mit einer Kollektivausstellung in der Jubiläumsausstellung in Karlsruhe. Eine längere Erörterung rief in der Versammlung die Frage hervor, die von einer schweren Krise in der Schwarzwälder Industrie sprach. Allgemein war man enttäuscht über diese Verhältnisse, die eineswegs den Tatsachen aus nur nahe kam. Wenn man auch nicht von einer günstigen Geschäftslage sprechen kann, so ist diese doch nirgends so, daß, wie es dort heißt, „Katastrophen unermesslich seien“.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 27. Januar.
Kommenden Donnerstag, 29. Januar, abends 1/2 9 Uhr, findet im „Girsch“, Stadth., eine Frauenversammlung statt, in welcher Gen. Grünebaum 12 Dramen behandeln wird. Die Genossinnen werden gebeten, für zahlreichen Besuch zu agitieren.

Antike und moderne Sklaverei.
 Ein Thema, das zwar nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit den früheren Vorträgen behandelten Gegenstand „Gesellschaft des Sozialismus“ stand, sich aber immerhin ganz gut in den Rahmen der Vortragsreihe einpaßt, fand am Montag abend durch Gen. Kluge-Vorheim eine interessante und lehrreiche Behandlung. Gen. Kluge sprach über „Antike und moderne Sklaverei“.

Die Sklaverei, so führte der Redner aus, läßt sich zurückverfolgen bis in die Jahrbunderte vor Christus. Sie war im Altertum eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Merkwürdig ist es, daß gerade in dem Lande, in dem die christliche Kirche ihren Ursprung nahm, die Sklaverei am weitesten verbreitet war. Die Sklaverei hatte nicht überall, namentlich im Altertum, den grausamen Charakter, den man ihr gemeinhin zuschreibt, denn die Sklaven wurden oft wie Familienmitglieder behandelt. Auffallendweise vermehrte sich mit zunehmendem Wohlstand die Sklaverei. Im Jahre 300 vor Christus wurden nicht weniger als 400 000 Sklaven im Lande Afrika gezüchtet. Die Quellen der Sklaverei waren hauptsächlich die zahlreichen Kriege, in denen die Gefangenen einfach zu Sklaven gemacht wurden und auch der Menschenraub und der Menschenkauf auf der Tagesordnung war. Wer von einer Sklavennutter geboren wurde, war ebenfalls wieder Sklave.

Im Mittelalter fand der Sklavenhandel in voller Blüte. Die Sklaven bildeten hier einen Bestandteil des Betriebskapitals. Durch den Kolonien- und Plantagenbetrieb in dieser Zeit waren zahlreiche Arbeitskräfte notwendig, die nur durch die Sklaverei zu beschaffen waren. Abgesehen von den bei der Sklaverei vorgekommenen Grausamkeiten, hatte der Sklavenerwerb dort mehr Interesse an seinen Arbeitern. Zu der Verfeinerung der Sklaverei hat die Kirche nichts beigetragen; ebenso ist die Sklaverei auch nicht durch den Einfluß der Gesetzgeber abgeschafft worden. Da der seiner Freiheit beraubte Sklave nur widerwillig und nachlässig arbeitete, war mit der Entwicklung der Technik die Sklavennutzung allmählich eben nicht mehr rentabel.

In Deutschland war von eigentlicher Sklaverei nichts zu bemerken, umso mehr aber von Leibeigenschaft und Hörigkeit. Nachdem die Leibeigenschaft im Jahre 1810 in Deutschland abgeschafft wurde, unterschieden sich die Verhältnisse der heutigen Arbeiter der Großgrundbesitzer durch gar nichts von dem der früheren Leibeigener. Von der heutigen modernen Sklaverei muß gesagt werden, daß sie schlimmer ist als je, denn bilden wir nur in einen modernen Großbetrieb hinein, so finden wir, daß ein Menschenleben gar nicht so bedeutet. Manches tüchtige Mitkämpfer ist unter den Tausenden, die alljährlich vom Kapitalismus germalmt werden.

Es bedarf der Mitarbeit aller und eines jeden, wenn der Menschheit die Freiheit alsbald errungen werden soll. Der Redner schloß seine Ausführungen mit dem freisinnigen Gedächtnis, dessen Schlusswort lautet: „Ihr hemmt nur, doch ihr zwingt uns nicht, unsler die Welt, trotz allem!“

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter. In der Generalversammlung des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter, welche am Sonntag, 25. Januar in der Gewerkschaftszentrale stattfand, erstattete der Geschäftsführer S. Hilz einen ausführlichen Bericht der Ortsverwaltung. Ein gedruckter Geschäftsbericht wird für den ganzen Bezirk herausgegeben. Wir bringen denselben in Auszug auf Seite 4 des heutigen Blattes. (Die Red.) Die Versammlung war mit der Tätigkeit der Ortsverwaltung zufrieden. Die Neuwahl derselben hatte folgendes

Resultat: 1. Vorsitzender: Mathäus Bäurer, Bierfahrer; 2. Vorsitzender: Friedrich Desterle, Brauer; 1. Schriftführer: Ernst Mai, Brauer; 2. Schriftführer: Robert Schwarz, Handwerker; Obmann der Mühlenarbeiter: Josef Schlehuber; Obmann der Bierfahrer: Mathäus Bäurer; Revisoren Rudolf Bantle, Josef Robök und Josef Schlehuber; Verrechnungskommission: Rudolf Bantle, Hugo Müller und Fritz Weiser. Die Versammlung sprach dem langjährigen Vorsitzenden Robert Göhner, der wegen geschäftlichen Rücksichten sein Amt niederlegte, den Dank für seine erprießliche Tätigkeit aus. Nachdem noch die vorliegenden Anträge einstimmige Annahme gefunden hatten, schloß Kollege Göhner die von gutem Geiste getragene Generalversammlung mit dem Hinweis, daß es ein ehrendes Zeugnis für die Einigkeit und Geschlossenheit der Zahlstelle sei, daß die Wahl der Funktionäre einstimmig erfolgte und wußte Karlsruhe die erste Zahlstelle ist, wo ein Bierfahrer an die Spitze der Organisation berufen wurde. Die Kollegen mögen das ihm bisher bewiesene Vertrauen der neuen Vorstandschaft übertragen und die kommende Zeit zu neuen Erfolgen ausnützen.

Betriebskrankenkassenwahl bei der Staatsbahn. Am 1. Februar findet die Wahl der Vertreter und Erfahrmänner zum Ausschuss bei der Betriebskrankenkasse der badischen Staatsbahnen statt. Es sind 50 Vertreter zu wählen.

Diäten für die Geschworenen. Die Geschworenen erhielten diesmal nach Beendigung dieser Schwurgerichtsperiode zum erstenmal Diäten. Wie am Schöffengerichte die Schöffen, erhalten sie 5 M. Tagesgelde. Außerdem werden ihnen für das Uebernachten 3 M. und für jeden Eisenbahnkilometer 6 Pf. (Karte 2. Klasse) vergütet, für andere Beförderungsmittel 2 Pf. pro Kilometer.

Sängerverein Harmonie. Die alljährliche Generalversammlung, die am vorletzten Sonntag im „Hilfster“ stattfand, erfreute sich seitens der Mitglieder eines guten Besuchs. Der Vorstand erstattete den Geschäftsbericht, aus dem zu entnehmen ist, daß sich der Verein in steter Aufwärtsentwicklung befindet. Neben den Veranstaltungen des Vereins selbst beteiligten sich die Sänger und Sängerinnen an Pfingsten am Gaufräulein, wo sie eine gute Kritik erzielten, ferner bei der Kaiserfeier, dem Bezirksfängerfest in Durlach, am Konzert der Freundschaft in Müppurr und am Stiftungsfest der Sektion der Straßenbahner des Transportarbeiterverbandes. Von den Vereinsveranstaltungen sind besonders hervorzuheben das Stiftungsfest im kleinen Saal der Festhalle, die Abendunterhaltung und Weihnachtsfeier im „Gottesbauer Schloß“. Für das neue Geschäftsjahr sind am 14. Februar eine Maskenrevue mit Preisverteilung im „Saalbau“, Gottesauertrache, und im März ein Volkliederabend mit Theater vorgegeben. Die Mitgliederzahl ist im Berichtsjahre stark gewachsen und wurden 119 aktive und passive Sänger aufgenommen. Nach Abzug der Abgereichten und Gestrichenen verbleibt ein Bestand von 192 Mitgliedern. In dem noch kurzzeitig stattfindenden Tanzfeste beteiligten sich 30 Personen. Trotz der hohen Ausgaben ist der Stand der Kasse als günstig zu bezeichnen. Der Bericht wurde mit Befriedigung aufgenommen. Die folgende Neuwahl ergab die einstimmige Wiederwahl des seitherigen Ausschusses, der sich aus folgenden Mitgliedern zusammensetzt: 1. Vorstand Josef Böll, 2. Vorstand Karl Haffert, Schriftführer Ernst Rieken, Kassier Jakob Barthel, Notendirektor Nikolaus Weiler, als Beisitzer A. Reich, R. Epple, R. Keiter, P. Dillmann, Frau Klein, Frau Steinele, Frau Grether und Frau Kaufsch. Nach einer weiteren Behandlung interner Wünsche und Beratung der Anträge schloß der Vorsitzende mit einem kräftigen Sängerspruch die ruhig und sachlich verlaufene Generalversammlung.

Eine Uebersicht über die im laufenden Jahre in Karlsruhe geplanten bedeutenden Veranstaltungen (Ausstellungen, Sänger- und Musikfeste, Festspiele, sportliche Wettbewerbe u. dergl.) beabsichtigt der Verkehrsverein aufzustellen, um sie namhaften Fremdenblättern zur Veröffentlichung zu überlassen. Er bittet daher, ihm von etwa geplanten Veranstaltungen alsbald Kenntnis zu geben.

Die Schiffahrt auf dem Rhein ist infolge ankaltenden Frostwetters von und nach Karlsruhe seit gestern mittag eingestellt.

Schul- und Volkshäuser. Das im Schulhaus des Stadtfests Darlaben neu eingerichtete Schulbad kann auch als Volkshaus benutzt werden und ist zu diesem Zwecke Mittwochs für Frauen und Samstags für Männer jeweils abends von 6-10 Uhr geöffnet. Die Badenden müssen Badehosen oder Badeanzüge und Trenchtücher mitbringen. Ein Bad (Drause) kostet 5 Pf.

Wirtschaftsrecht. Am 21. I. M., früh 1.30 Uhr, wurde ein Kranenführer von hier in einer Wirtschaft in der Jaganenstraße durch einen Wurf mit einem Bierglas am linken Auge erheblich verletzt.

Einbruch. In der Nacht zum Samstag drang ein lediger Fuhrmann aus Kappelroden in den Keller einer Wirtschaft in Klein-Müppurr ein und entwendete Schnaren und Getränke. Morgens zwischen 6 und 7 Uhr wurde er von Vorübergehenden auf der Straße vor der Wirtschaft in demüthlos und halb erstorbenen Zustande aufgefunden. Er mußte mittelst Krankenautos ins städt. Krankenhaus verbracht werden.

Anfall. Samstag nachmittag ereignete sich auf der Eisenbahn in Mühlburg bei der Maschinenbaugesellschaft ein bedauerlicher Unglücksfall. Der 9 Jahre alte Volksschüler Josef Hud stürzte beim Schlittschuhlaufen und zog sich einen Unterkelchbruch zu. Nach Anlegung eines Notverbandes auf der Polizeiwache Mühlburg wurde der Knabe mit dem Krankenauto ins städt. Krankenhaus überführt.

Selbstmordversuch. Am 23. d. M., abends, versuchte sich ein 30jähriger Bahnarbeiter in seiner Wohnung in der Poststraße mittelst Leuchtgas zu vergiften. Er wurde in demüthlos Zustand in das städt. Krankenhaus überführt. Er hat die Tat zweifellos in einem Anfall von Geistesgestörtheit begangen, da er wegen dieses Leidens schon in Anstaltsbehandlung war.

Veranstaltungen.

1. Kolosseum. Zweiter Anzenruberabend. Gestern abend brachte die Egl-Bühne den „Warner von Kirchfeld“ auf die Bretter. Man merkt es dieser Theatergesellschaft an, daß die Mitglieder selbst Geübter sind, denn diese Typen, die sie auf die Bühne stellten, waren naturwahr und echt. Im Mittelpunkt des Stückes standen der Wurzelschupp des Herrn Egl und Hall, der Farmer von Kirchfeld des Herrn Auer. Beide stützten ihre Rollen zu Glanzleistungen aus. Besonders Herr Egl machte aus dem verbitterten Wurzelschupp eine dramatische Figur, die sich getrost in unserm Hoftheater sehen lassen könnte. Auch Wimi Schötter als Annerl, ein unbedarbenes natürliches Dienst, stand den beiden oben genannten wenig nach. Ebenso die übrigen Personen können sehr wohl die Kritik bestehen. Wer sich also einen unterhaltenden Abend verschaffen will, der besuche die Vorstellungen der Egl-Bühne. Er kommt sicher auf seine Rechnung.

2. Der Musikverein Harmonie veranstaltete am Sonntag seine erste Damen- und Fremdenfiskung in der „Walshalla“. Der Saal war dicht besetzt. Um halb 5 Uhr hielt der Elterrat unter den Klängen des Württemmarsches seinen feier-

Sozialdemokratischer Verein Durlach.

Todes-Anzeige.

Wir setzen hiermit unsere Parteigenossen von dem Ableben unseres langjährigen treuen Genossen

Jacob Kunzmann

städtischer Baumeister
geheimend in Kenntnis
Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag 3 Uhr statt. Wir bitten um zahlreichere Beteiligung.

Der Vorstand.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem plötzlichen Verluste meines lieben Gatten und guten Vaters, Schwiegervaters, Großvaters, Schwagers und Onkels

Adam Stern

Sprechen wir Allen unseren herzlichsten Dank aus. Besonders danken wir dem Herrn Stadtvater Hella für seine tröstlichen Worte am Grabe unseres guten Vaters. Auch vielen Dank dem Karlsruher Veteranenverein, dem Militärverein Knielingen, den Sängern des Gesangsvereins Eintracht Mühlburg, der Firma Mathias Schinnes, den Beamten und Arbeitern der Firma Mieten, dem Eisenbahn-Veronal Rheinthalen, der Kranken- und Sterbekasse der Fischer. Für die vielen Kranzpenden und Beileidskarten und die zahlreiche Beteiligung am Beerdigungsgang sprechen wir Allen unseren Dank aus.

Mina Stern Witwe

nebst Kindern.

Trauer-Hüte

aus nur Ia. Crêpe
in jeder Preislage stets vorrätig

S. Rosenbusch, Kaiserstr. 137.

Gesang-Verein Bruderbund.

Sonntag, den 31. Januar,
abends 8 Uhr 11 Minuten:

Großer Maskenball



in den Sälen des „Röhlen Krug“
mit Prämierung der schönsten und originalsten Masken.

5 Herren-, 5 Damen-, 2 Gruppenpreise.

Zu einer Gruppe gehören mindestens 4 Personen.

Die Preise sind im Schaufenster von E. Weingand, Fußgeschäft, Ecke Philipp- und Rheinstraße, ausgestellt.

Eintrittspreise à 50 Pfg. für Herren und 30 Pfg. für Damen und bei den bekannten Sängern und Sängertinnen, sowie an der Abendkasse erhältlich.

Soz. Partei. Gewerkschaftskartell Durlach.

Auf zum Kampf für das Koalitionsrecht!

Mittwoch, den 28. Januar, abends 8 Uhr, im Lamm-Saale,

öffentliche

Volksversammlung.

Landtagsabg. Richard Böttger, Mann-heim spricht über:

Erhaltung u. Erweiterung des Koalitionsrechts.

Hierzu ist die gesamte Arbeiterschaft Durlachs, insbesondere aber die organisierten Arbeiter dringend eingeladen.

Das Gewerkschaftskartell.

Es ist kein Kunststück



auch mit einer wenig geübten Nase

sofort eine Eckstein-Cigarette herauszufinden.

Kleine Eckstein-Cigaretten

von A. M. Eckstein & Söhne, Dresden.

Grösste deutsche Zigarettenfabrik nach Arbeiterzahl (ca. 2300 Arbeiter)
10 Stück 20 Pfg.

Trustfrei



Sonder-Preise

3500 Meter Engl. Crepon Meter 58 Pfg.

12000 Stück Toilette-Seife drei Stück 40 Pfg.

Hermann Tietz

Für Landfriseur Grosse Künstlerkonzerte

im Café Bauer und Ratskeller.

Theater- und Masken-Rostüme
Frach- und Gehrock verleiht
Phil. Hirsch, Steinstraße 2.

So lange Vorrat reicht!
Weizen-futtermehl

per 150 Pfund-Sack
Netto 10.50

gemischtes
Hühnerfutter

per 100 Pfd. Netto 7.50

schweres
Weizen

per 100 Pfd. Netto 11.50

Gerste

per 100 Pfd. Netto 9.50

gemischtes
Vogelfutter

per Pfund 19 Pfg.

Zuger und Filialen.

Verkaufe und Kaufe

fortwährend neu und getragene Herrenkleider, Schuhe, Stiefel, blaue Arbeitsanzüge, gebr. Uhren, Waffen, Gold und Silber, Brillanten, Fahrgestelle, Planscheine, Möbel, Reisekoffer.

Erstes größtes An- u. Verkaufsgeschäft Levy

Marktstr. 22, Tel. 2015.

Kind wird von guten Leuten auf d. Bande (Nähe Karls-ruhe) in gewissenhafte Pflege genommen. Zu erfragen, unt. Nr. 892 in der Exped. des „Volkshfreund“

Junger Mann, verheiratet, sucht per so- dauernde Beschäftigung, gleich welcher Art. Offerten unter Nr. 800 an die Expedition des „Volkshfreund“.

Noch billiger wie halb geschenkt!
Ulster, Leberzieher

neue f. Herr. u. Jüngerl. v. 7-12 an auch getrag. guterh. Maharb von 8 an.

Anzüge Maharb., getragen von 5 an

neue f. Herr., Jüngerl. u. Kinder: von 5, 7, 9, 12 an, einzelne Toppen, Hosen von 1.50 an

Damenschuhe neue 3.50 Herrenschuhe, neue, à 8.80 bis 5.80.

Eine Partie mod. Damen-Mäntel neue Hüte à 1.80, circa 200 Paar getrag. guterh. Schuh von 1-5 an. 6817

Alles Partie- und Gelegenheitskauf nur Marktstr. 31.

Kaffee

frisch gebrannter mit feinst. aromatischem Geschmack

per 1/2 Pfd. 75 Pfg.

Würfel-Zucker (Caféwürfel)

per 5 Pfd. Netto 1.09

Zuger und Filialen.

Wer leihl gegen Bürgschaft od auf H. Hypothek auf ein neues Haus 1000 Mk. West. Offerten unter Nr. 100 an die Exped. d. „Volkshfreund“.

20 Mark Einheits-Preis.

Neu aufgenommen: Zwei erstklassige Stoffbuser Fabrikate, solide tragfähige Qualitäten, nur neue Dessins, per Anzug 3,25 m Mk. 20.- netto Kasse. Wilh. Wolf jr., Kaiserstr. 82a, Engros-Tuchabteilung, Eingang Lammstrasse.

20 Mark Einheits-Preis.

Bekanntmachung. Einladung zur Erneuerungswahl der Beisitzer des Kaufmannsgerichts.

Nach § 3 Absatz 2 des Ortsstatuts über das Kaufmannsgericht in der neuen Fassung des Bürgerausschussesbeschlusses vom 29. April 1913 sind die ersten Erneuerungswahlen nach Maßgabe des neuen Ortsstatuts zu dem Zeitpunkt vorzunehmen, in dem nach dem bisherigen Statut die nächsten halbjährlichen Erneuerungswahlen fällig geworden wären.

Die bisherigen Beisitzer sind:

- a) Aus dem Stande der Arbeitgeber (Kaufleute): Braun Albert, Fabrikant, Dietrich Rudolf Hugo, Kaufmann, Eichersheimer Albert, Fabrikant, Elias Martin, Kaufmann, Eitlinger Ludwig, Kaufmann, Hammer Gustav alt, Kaufmann, Hoffmann Wilhelm, Banddirektor, Kiefer Friedrich, Kaufmann, Müller Otto, Fabrikant und Stadtrat, Roth Georg, Generalagent, Rinck Max, Brauereibesitzer, Stein Adolf, Kaufmann.

- b) Aus dem Stande der Arbeitnehmer (Handlungsgehilfen): Bergmann Ludwig, bei Fa. Brauereigesellschaft vorm. S. Maninger, Christ Friedrich, Buchhalter bei den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken hier, Gollerbach Otto, bei der Bad. Treuhändergesellschaft, Kaltenmaier August, bei L. Schweisgut, Knappschneider Adam, bei der Badischen Bank, Koch Max, bei Geschwister Knapp, Müller Friedrich Gregor, bei Otto Fischer, Sauter Emil, bei Billing u. Keller, Schneider Theodor, bei Nähmaschinenfabrik vorm. Gaid und Neu, A. G.

Die Erneuerungswahl findet statt am Mittwoch, den 18. Februar ds. Js., und zwar in der Zeit von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 3 Uhr. Der Gesamtbezirk des Kaufmannsgerichts bildet einen Wahlbezirk. Zur Ausübung des Wahlrechts werden örtliche Wahlstellen eingerichtet und zwar eine für die Wahl der Arbeitgeber (Kaufleute) und zwei für die Wahl der Arbeitnehmer (Handlungsgehilfen). Für jede Wahlstelle besteht ein Wahlausschuss.

Die Wahllokale und die Vorsitzenden der Wahlausschüsse sind für die einzelnen Wahlstellen wie folgt bestimmt.

- a) Arbeitgeber (Kaufleute): Wahllokal: Zimmer Nr. 2 im Erdgeschoss der Pestalozzi-Schule, Erdbrünnenstraße 18. Vorsitzender des Wahlausschusses Herr Kaufmann und Stadtverordneter R. G. Dietrich. b) Arbeitnehmer (Handlungsgehilfen): Wahlstelle 1: Wahllokal Turnhalle der Hebel-Schule, Kreuzstraße 16, Eingang durch den Hof, Vorsitzender des Wahlausschusses Herr Generalagent G. Roth. Wahlstelle 2: Wahllokal Turnhalle der Leopold-Schule, Leopoldstraße 9, Vorsitzender des Wahlausschusses Herr Kaufmann Leopold Neumann.

Der Wähler wählt an der seinem Wohnorte oder seiner Geschäftsstelle am nächsten gelegenen Wahlstelle. Er kann an jeder der für die betreffende Wählergruppe bestimmten Wahlstellen seine Stimme gültig abgeben.

Wahlberechtigt sind diejenigen dem deutschen Reiche angehörigen Kaufleute und Handlungsgehilfen, welche das 25. Lebensjahr vollendet und in der Gemarung Karlsruhe ihre Handelsniederlassung haben oder beschäftigt sind.

Als Kaufleute gelten diejenigen selbstständigen Handelsgewerbetreibenden, welche mindestens einen Handlungsgehilfen oder Handlungslehrling regelmäßig das Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen. Den Kaufleuten stehen gleich die Mitglieder des Vorstandes einer Aktiengesellschaft oder eingetragenen Genossenschaft oder einer als Kaufmann geltenden juristischen Person, sowie die Geschäftsführer einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

- Nicht wahlberechtigt sind: 1. Personen weiblichen Geschlechts, 2. Ausländer, 3. Personen, welche die Befähigung zum Amt eines Schöffen infolge strafgerichtlicher Verurteilung verloren haben (§§ 31, 33, 35 und 358 St.G.B.), 4. Personen, gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann, 5. Personen, welche infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind, 6. Handlungsgehilfen, deren Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt den Betrag von 5000 Mk. übersteigt, 7. Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken.

Wählbar sind diejenigen Kaufleute und Handlungsgehilfen, welche das dreißigste Lebensjahr vollendet haben, im letzten der Wahl vorangegangenen Jahr für sich oder ihre Familie Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht empfangen haben und im Bezirke der Stadtgemeinde Karlsruhe seit mindestens zwei Jahren ihre Handelsniederlassung haben oder beschäftigt sind.

- Als Armenunterstützung sind nicht anzusehen: 1. die Krankenunterstützung, 2. die einem Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege, 3. Unterstühtungen zum Zwecke der Jugendfürsorge, der Erziehung oder der Ausbildung für einen Beruf, 4. sonstige Unterstühtungen, wenn sie nur in Form her-

einzelner Leistungen zur Hebung einer augenblicklichen Notlage gewährt sind, 5. Unterstühtungen, die erstattet sind.

Nicht wählbar sind die vorstehend unter Ziffer 1-7 aufgeführten Personen.

Zur Beteiligung an der Wahl wird nur zugelassen, wer im Besitze einer vor der Wahl ausgetretenen und mit dem Stempel des Bürgermeisters versehenen Wählerkarte ist.

Für die Wählerkarte sind die in § 18 des Ortsstatuts über das Gewerbegericht, das auf das Kaufmannsgericht entsprechende Anwendung findet, vorgegebenen Formulare vorzulegen. Die Formulare der Wählerarten werden im Rathaus, Zimmer Nr. 45 und auf den Gemeindefretariataten der Bezirke an die Wahlberechtigten unentgeltlich abgegeben.

Die Formulare sind von den Wahlberechtigten, die sich an der Wahl beteiligen wollen, bezüglich der Fragen 1 bis 4 mit deutlicher Schrift auszufüllen, mit Unterschrift zu versehen und bis spätestens zum 12. Februar ds. Js. bei der Wahlgeschäftsstelle - Rathaus, 2. Stock, Zimmer Nr. 45 - abzugeben oder an sie portofrei (im Umschlag) einzulegen.

Die Wahlgeschäftsstelle prüft die bei ihr eingereichten Karten und verweist sie, soweit sich kein Beanstandungsgrund ergibt, mit dem amtlichen Stempel; stellt sich aber ein Grund der Wahlunfähigkeit heraus, so wird dieser in die Spalte 5 eingetragen und die Wählerkarte mit dem Vermerk „ungültig“ versehen.

Die geprüfte und mit dem amtlichen Stempel versehene Wählerkarte wird von der Wahlgeschäftsstelle dem Wähler zugefandt.

Ueber Einsprachen gegen die Ungültigkeitserklärung einer Wählerkarte entscheidet der Stadtrat.

Indem wir die wahlberechtigten Kaufleute und Handlungsgehilfen hiermit zur Teilnahme an der Wahl einladen, fordern wir dieselben gleichzeitig gemäß § 21 des Ortsstatuts über das Gewerbegericht, dessen Bestimmungen auf das Kaufmannsgericht entsprechende Anwendung finden, zur Einreichung von Wahlvorschlagslisten auf mit dem Hinweis, daß die Stimmzettel mit einer der eingereichten und vom Stadtrat veröffentlichten Wahlvorschlagslisten genau übereinstimmen müssen (gebundene Listen) und daß nur solche Listen berücksichtigt werden können, welche spätestens zwei Wochen vor der Wahl, also spätestens bis zum 4. Februar ds. Js. eingereicht sind.

Die Vorschlagslisten, welche für Arbeitgeber (Kaufleute) und Arbeitnehmer (Handlungsgehilfen) gesondert aufzustellen sind, müssen in einer Ueberschrift diejenige Wählergruppe kenntlich machen, von welcher sie vorgeschlagen werden und von mindestens 20 wahlberechtigten Kaufleuten bzw. Handlungsgehilfen unterzeichnet sein.

Die Vorschlagslisten müssen gerade so viel Namen enthalten, als für ihre Wählerklasse Beisitzer zu wählen sind. Es müssen also die Vorschlagslisten der Kaufleute sowohl wie die der Handlungsgehilfen je 12 Namen enthalten.

Die Wahlvorschlagslisten werden nach der Reihenfolge ihres Eingangs mit Ordnungsnummern versehen und mit diesen und der Bezeichnung der Wählergruppe vom Stadtrat spätestens 8 Tage vor der Wahl veröffentlicht.

Karlsruhe, den 19. Januar 1914. 6700 Der Stadtrat: Dr. Horstmann. Raab.

Bekanntmachung.

Verlegung des Schulbades im Stadtteil Durland als Volkshaus betreffend

Das in dem Schulhaus im Stadtteil Durland, Federbachstraße 28 eingerichtete Schulbad kann auch als Volkshaus benützt werden. Zu diesem Zweck ist das Bad geöffnet: Mittwoch von 5-10 Uhr abends für Frauen und Samstag von 5-10 Uhr für Männer. Ein Bad (Brauchbad) kostet 5 Pf. Die Badenden müssen Badehofen bzw. Badeschürzen und Treppenschuhe mitbringen. Karlsruhe, den 23. Januar 1914. 6919 Der Stadtrat: Dr. Kleinschmidt. Kleiber.

Bekanntmachung.

Beim städt. Arbeitsamt dahier ist auf 1. April 1914 die freiwerdende Stelle eines Vermittlungsbeamten neu zu besetzen. Bevorzugt werden Bewerber mit praktischer Erfahrung und Kenntnis der hiesigen Verhältnisse im Auge zu fassen.

Nach beendeter dem Ablauf einer einjährigen Probezeit wird etwa mögliche Anstellung nach Maßgabe der Dienst- und Gehaltsordnung für die städtischen Beamten in Aussicht gestellt. Bewerbungen sind unter Angabe der Gehaltsansprüche und unter Anschluß eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes und von 3 ungenüßten binnen 14 Tagen beim städtischen Arbeitsamt einzureichen. Karlsruhe, den 21. Januar 1914. 6917 Der Stadtrat: Dr. Horstmann. Kleiber.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheausgebote vom 21. Januar. Josef Wöhner von St. Georgen, Gefängnisaufseher hier, mit Theresia Widert von St. Georgen. - Friedrich Flurschütz von Strassburg, Wagenführer hier, mit Friederike Schneider von hier - Friedr. Rehm von Pfullingen, Fabrikarbeiter hier, mit Anna Rehm von Pfalzheim. Geburt vom 13. Januar. Lore Ursula Marianne Renate, W. Dr. Alfred Roth, Amtsrichter und Ministerialsekretär. Todesfälle vom 20. bis 21. Januar. Karoline Gohemberger, ohne Gewerbe, ledig, alt 77 J. - Rosa Gorgel, ohne Gewerbe, ledig, alt 26 J. - Pauline Eichele, alt 86 J., Ehefrau des Strassenbahnfahrers Friedrich Eichele. - Johann, alt 15 J., W. Wils. Kalkbrenner, Rattenführer. - Otto, alt 1 J. 9 Mon. 9 Tg., W. Leopold Braun, Tagelöhner.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Geburten vom 15. bis 20. Januar. Anton Josef, W. Friedrich Fren, Maler. - Lisa, W. Ludwig Friedrich Engelhardt, Fabrikarbeiter. - Albert Erwin, W. Leop. Karl Liebe, Wirt. - Rosa Marie, W. Heinrich Friedrich Christof Widert, Maurer. - Margarete Frieda, W. Friedrich Karl Himmel, Eisenarbeiter. - Rosa Amalie Anna, W. Franz Anton Hilber, Werkzeugschlosser. Eheheiratung vom 17. Januar. Karl Dopler, geübter Lackierer von Büg. Bezirkamt Erlangen (Bayern), und Anna Maria Eich von Kürnberg, Barock-Trier (Preußen). Todesfall vom 16. Januar. Theodor Josef B. Emil Schneider Meber. 1 1/2 J. alt.

Leopold Kölsch

Karlsruhe - Kaiserstrasse 211 Stammhaus gegründet 1844.

Der diesjährige 6913

Inventur-Räumungsverkauf

beginnt Montag, 2. Februar.

Erwarten Sie diesbezügliche Anzeigen!

PIANOS 395.- konkurrenzlos billig, unverwundlich schön im Ton, kreuzsait. Panzerstimmstock. Johs. Schlaile, Karlsruhe, Douglasstrasse 24 neben der Hauptpost.

Carl König Dentist KARLSRUHE, Kaiserstrasse 124b. Telephon 2451. Künstliche Zähne, Plombieren, Zahnziehen. 2885

Wegen Platzmangel billig abgegeben: Pol. Bettstelle mit Kofft und Matrize zu 22 Mk., weisses Badtisch 8 Mk., Spiegel 3.50 Mk., schönes Sofa mit Strohgeflecht zu 16 Mk., fast neuer Chiffonier und Verticoll, Kravenanug für 14 Jahre 8 Mk., Frühjahrsdamenregentmantel, fast neu, 8 Mk. 6917 Adlerstraße 17, 1. Etage. Reunerin, jung, tüchtig, sucht Stelle für häusliche oder Aushilfe. Zu erfragen bei König, Linsenstraße 52, S. 11. Ueberzieher (s. d. a. 3. - A Herren-Anzüge 3.50 - A Damenkleider à 3. - A Färberei Finrobi Kaiserstraße 28, 6691 Diwans! Große Auswahl in neuen Plüsch-Diwans v. 35 u. 40 Mk. an, hochmod. Dessins v. 55 Mk. an. (keine Fabrikware) Volkermöbelhaus Köhler Schüßentrage 25. 668

Der Onkel ist gut aufgelegt Seit er die Schuh mit Erdal pflegt. Der Eingender von 12 verschiedenen ABC-Anzeigen erhält einen gesunden Tag von 25 ABC-Kühlermarken von der Erdal-Fabrik in Mainz.